G 1480

MittelstandsMagazin

Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

9-2008 • 4,– €
www.mitmagazin.com

* ENERGIE

Die Brotpreise des 21. Jahrhunderts

SCHWERPUNKT

So legen Sie Ihr Geld rentabel an

POLITIK

Interview mit Christian Wulff

WIRTSCHAFT

60 Jahre soziale Marktwirtschaft

UNTERNEHMEN

Praxistipps fürs Internet

Für alle Sylt-Liebhaber!

DAS KLASSISCHE INSEL-MAGAZIN
Mit schönen Geschichten - hinreißenden Fotos - packenden Reportagen.
Mit einem tiefen Blick in die Töpfe der Sylter Sterne-Köche.
Mit Berichten über Künstler und Komiker, Prominentes und Provinzielles, Neues und Traditionelles.
Mit einem Extra-Freizeit-Magazin für die Westentasche mit Hunderten von Tipps für Unternehmungslustige.

Erhältlich überall auf der Insel und in 4000 Verkaufsstellen bundesweit.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

GROSSE KOALITION

Überzogene Reaktionen auf Kritik

Es war schon immer so: Nicht der Verursacher sondern der Überbringer schlechter Nachrichten wird gescholten. Der Grund dafür ist zutiefst menschlich. Wir suchen alle nach Wahrheit, finden wollen wir sie aber nur dort, wo sie uns gefällt.

Dass die Politik von dieser menschlichen Eigenschaft nicht frei ist, zeigen verschiedene Reaktionen auf meine Kritik an der Wirtschaftspolitik der großen Koalition.

Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Er ist als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg tätig.

Im Umfeld der Koalitionsregierung gilt es als anstößig, die große Koalition in Frage zu stellen und ihre Arbeit zu kritisieren. Nach dem Motto, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, hat sich bei vielen unübersehbar ein Realitätsverlust eingestellt. Wenn dann plötzlich jemand den Finger in die Wunde legt, fühlen sie sich gestört und richten ihren Zorn gegen den vermeintlichen Störer und nicht gegen die Träumer...

Und draußen, außerhalb der Käseglocke, ist Deutschland, ist die Realität, die leider ganz anders aussieht als manch selbst gebasteltes Weltbild im Berliner Mikrokosmos rund um den Bundestag.

Zum Beispiel

- *Schon wieder greift der Staat in die Taschen der Bürger. Nicht genug, dass die kalte Progression bei den Besserverdienenden die schmalen Einkommenszuwächse aufzehrt, da drohen neue Beitragserhöhungen bei der Sozialkassen. Die drohende Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen bei der Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung wird Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen mit rund 60 Euro monatlich belasten.*
- *Nun kommt auch die als sicher geglaubte Senkung des Arbeitslosenbeitrags ins Wanken. Von 3,3 auf 3 oder sogar 2,8 Prozent sollte er zum 1. Januar 2009 fallen. Die SPD sei dagegen, heißt es. Wie lange wird es wohl dann noch dauern, bis die CDU einknickt? Einst hieß es landauf, landab: „Mehr Netto vom Brutto." „Wären diese Versprechen ernst gemeint", schreibt die FAZ der Union ins Stammbuch, „müsste die Bundesregierung den Finanzautomatismus im Steuer- und Beitragsrecht jetzt unverzüglich unterbinden."*
- *Pendlerpauschale: Durch eigene Zögerlichkeit überlässt die CDU es leichtfertig dem SPD-Teil der Bundesregierung, dieses Thema auf die Agenda zu setzen. Die MIT jedenfalls fordert die Wiedereinführung der Pendlerpauschale nach der alten Regelung und ohne jegliche Einschränkungen.*

Ich bleibe dabei: Nach und nach hat die Union innerhalb der Koalition mit der SPD viele wirtschaftspolitische Positionen aufgegeben, die bis dahin zu ihrem Markenkern gehörten. Diese Politik hat viele Wähler vergrault, denn wie anders ist es zu erklären, dass die Kanzlerin zwar demoskopische Höhenflüge durchlebt, es der Union aber nicht einmal gelingt, sich dauerhaft von ihrem desaströsen Wahlergebnis von 2005 zu lösen?

Christian Wulff hat in Niedersachsen bewiesen, dass es möglich ist, auch in einem Fünf-Parteien-Parlament eine bürgerliche Koalition von CDU und FDP gegen SPD, Linke und Grüne zu bilden. Er empfiehlt dieses Politik-Modell als „Blaupause" für Berlin.

Dies bietet auch dem Mittelstand in Deutschland wieder eine realistische Perspektive, abseits von Stillstand und Mehltau, den die große Koalition verbreitet. Die Wirtschaft sollte es nicht zulassen, dass Strategen auf beiden Seiten der großen Koalition schon jetzt an deren Fortsetzung nach 2009 basteln. Es geht nämlich nicht um Ämterpatronage, Pfründe und Machterhalt, sondern es geht um Deutschland, um den Erhalt unserer Mittelschicht, die sich jahrzehntelang krumm gelegt hat und es geht um die Gestaltung der Zukunft unseres Landes, von der sich diese Bundesregierung zu verabschieden scheint.

seidensticker
Mehr als eine Marke.

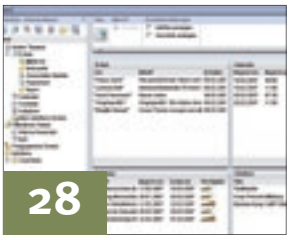
20 %
Nachlass

Exklusive Vorteile für die Mitglieder der MIT

Seidensticker setzt Maßstäbe. Mit Leidenschaft für Mode, Gespür für Trends, unzähligen Innovationen und kompromissloser Qualität hat das Familienunternehmen wie kein zweites den internationalen Markt geprägt. Und das schon seit dem Gründungsjahr 1919.

Weitere Informationen im internen Bereich der MIT unter www.mittelstand-deutschland.de.

MIT MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU
in Kooperation mit corporate benefits GmbH



POLITIK

3 **Editorial**
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann zur politischen Lage

5 **Die Seite-5-Karikatur**
Manager-Weisheiten und –Bosheiten

6 **Energiekosten**
Die Brotpreise des 21. Jahrhunderts?

10 **Die CSU vor der Wahl**
Interview mit Generalsekretärin Christine Haderthauer

12 **Arbeit am Profil der CDU**
Interview mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff

WIRTSCHAFT

15 **60 Jahre soziale Marktwirtschaft**
Deutsche zweifeln an Erhards Lehre

Schwerpunkt-Themen

18 **Angst vor rentabler Geldanlage?**

20 **Sparen und Sparsamkeit**

22 **IAA Nutzfahrzeuge**

UNTERNEHMEN

24 **Motivation und Teambildung**
Der Zynismus in vielen Unternehmen wächst

28 **Alles über das World Wide Web**
Teil 1 unserer dreiteiligen Serie

30 **Konsumverzicht für die Altersvorsorge**

31 **Bankgespräche – professionell erfolgreich**
Auf die gute Vorbereitung kommt es an

33 **Recht im Gespräch**

34 **Aktuelle Urteile**

35 **Bücher - für Sie gelesen**

36 **Stichtag 30. September**
Firmenversicherungen regelmäßig überprüfen

MIT-INSIDE

37 **MIT-Inside**

39 **Mittelstandspolitik**

41 **Namen sind Nachrichten**

42 **Baustelle**

42 **Impressum**

Ihre Meinung ist uns wichti

Eine Bitte an unsere Leser

Dieser Ausgabe liegt ein gefalzter Fragebogen bei, mit dessen Hilfe wir gerne Genaueres über Sie, unsere Leser, erfahren möchten – damit wir Sie noch zielgenauer informieren, besser unterhalten und mit noch höherwertigeren Nutzwert-Themen versorgen können.
Ihre Mitarbeit lassen wir uns etwas kosten:
Tolle Mitmach-Preise warten auf Sie.

Den Fragebogen können Sie uns per Post zurücksenden, faxen oder auch per Internet ausdrucken. Vielen Dank für Ihr Mittun.

GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

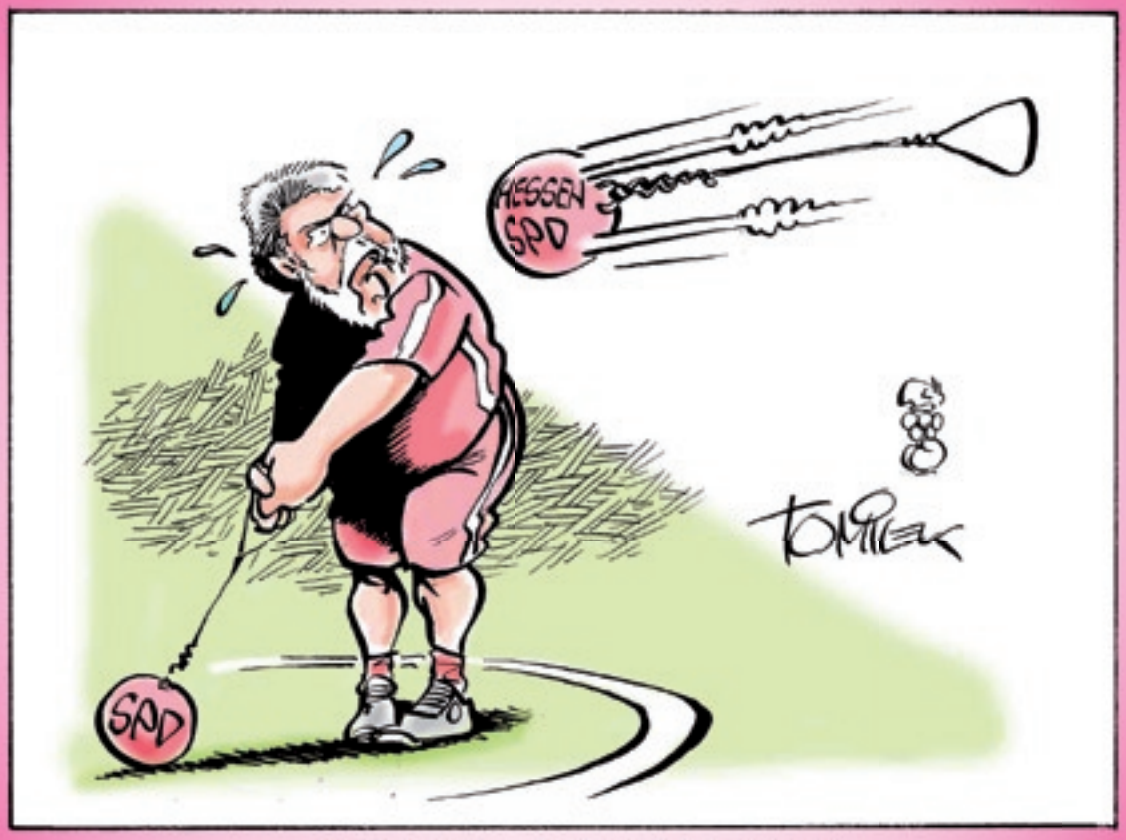
per Fax 04305-992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com

MittelstandsMagazin
Informationen und Forum für Mittelstand, Wirtschaft und Management

Ihr
GK Mittelstandsmagazin Verlag GmbH
www.mitmagazin.com

Mitmachen und gewin

Die Seite-5-Karikatur



DEUTSCHE HAMMERWERFER

Manager-Weisheiten

Das unbedeutende Bedürfnis
führt mitunter zum Zerwürfnis.

Konflikte gibt es immer reichlich.
Die meisten sind auch unausweichlich.

Wenn es ab und zu mal kracht,
hängt's davon ab, was man draus macht.

Es geht zumeist, wenn zwei sich streiten,
nur um verletzte Eitelkeiten.

War die Idee auch gar nicht dumm –
einer hackt immer drauf herum.

Manager-Bosheiten

Niemand würde die vermissen,
die immer alles besser wissen.

Ob man kleckert oder klotzt,
schon steht einer da und motzt.

Auch die beste Lösung prallt
stets auf einen Vorbehalt.

Es ist natürlich nie verkehrt,
wenn man sich ab und zu beschwert.

Noch das schönste Paradies
macht er sich und andern mies.

Aus: Andreas Rother, Managerweisheiten und Managerbosheiten, mit freundlicher Genehmigung von Redline Wirtschaft

Die Brotpreise des 21. Jahrhunderts

Deutschland ist Windkraftweltmeister und Rekordsolarförderer, baut die sichersten Atommeiler, saubersten Kohlekraftwerke und besten Autos. Doch plausible Antworten auf die steigenden Energiekosten sucht man vergebens.

Von Karl-Sebastian Schulte

Deutschland hat ehrgeizige Pläne zum Ausbau der Windenergie – viele Experten halten sie für Luftschlösser.

Die Brotpreise des 21. Jahrhunderts

Das neue Schreckgespenst der Deutschen heißt Energiekosten. Rekordmarken an den Zapfsäulen treiben Autofahrern die Zornesröte ins Gesicht. Betriebskostenabrechnungen für Hausbesitzer und Mieter kennen keine andere Richtung als nach oben. Allein die letzte Preisrunde beim Gas bedeutet für eine Musterfamilie 200 Euro mehr, Heizöl stieg in zwei Jahren um die Hälfte und auch der Strom legte 2007 um gut sechs Prozent zu. Die hohen Preise verderben den Bürgern regelrecht die Laune am Ladentisch. Das Konsumklima sank im August laut Marktforscher GfK auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Aber auch immer mehr Unternehmen stöhnen unter den gestiegenen Ausgaben für Prozesswärme, elektrische Produktionsanlagen oder den teureren Transport ihrer Waren.

Der auch „als Panzerschrank auf Rädern" bezeichnete große Hummer (hier der „Baby-Hummer") ist mittlerweile zum Sinnbild eines Autos geworden, das man wirklich nicht braucht. Wegen Absatzschwierigkeiten will General Motors das frühere Lustobjekt loswerden.

Neue Welt der Knappheit

Dass der Finanzminister bei all dem kräftig mit kassiert, ärgert viele. 65 Mrd. Euro nimmt der Fiskus jährlich durch Energiesteuern ein. Die staatlichen Lasten beim Strom machen für Haushaltskunden etwa 40 Prozent aus, beim Benzin beträgt der Anteil sogar 60 Prozent. Der Grund für die jüngste Preisexplosion an den Tankstellen liegt aber woanders. Den Ölpreis bestimmen Angebot und Nachfrage im globalen Rohstoff-Monopoly. Dort herrscht Ressourcenknappheit, seit sich Schwellenländer wie China oder Indien der gleichen Quellen wie die Industrieländer bedienen. Ihr Rohstoffhunger wird weiter zunehmen. Die Hunderte Millionen Menschen zählende indische Mittelschicht wartet händeringend auf das angekündigte 2.500-Dollar-Auto. Und auch die wohlhabende chinesische Stadtbevölkerung setzt längst auf Pferdestärken statt Drahtesel. Trotz aktuell sinkender Notierungen sollte niemand glauben, dass der wichtigste Schmierstoff der Weltwirtschaft je wieder so billig wird wie vor einer Dekade, als das Barrel für gerade einmal 25 Dollar zu haben war.

Ein Besuch an der Tankstelle bedeutet inzwischen ein mittleres Investitionsvorhaben

Im Gegenteil. Die Mehrzahl der Experten ist sich einig: Wenn die Weltwirtschaft wieder anzieht, könnte das schwarze Gold die Schallmauer von 200 Dollar bald durchbrechen. Ob sich Verbraucher und Wirtschaft darauf rechtzeitig einstellen, ist die eigentlich spannende Frage. Seit dem ersten autofreien Sonntag am 25. November 1973 sind 35 Jahre vergangen. Doch der Schock der damaligen Ölkrisen hielt nicht lange an. An der Abhängigkeit von den arabischen Ländern änderte sich wenig, die Autoindustrie hat die Jahrzehnte kaum genutzt, um neue Antriebsformen zu finden. Will der Westen die Mobilität seiner Bürger bezahlbar halten, bedarf es neben der Erschließung neuer Ölquellen außerhalb der OPEC-Willkür höherer Raffineriekapazitäten in den USA und Europa. Vor allem aber sind technologische Revolutionen im Fahrzeugbau gefragt.

Die Benzinpreissteigerungen der letzten Monate haben die Amerikaner kalt erwischt, obwohl dort die Preise immer noch nur halb so hoch sind wie in Europa (angezeigt sind Preise in Dollar pro Gallone = 3,785 Liter).

Fehlende Antworten der Politik

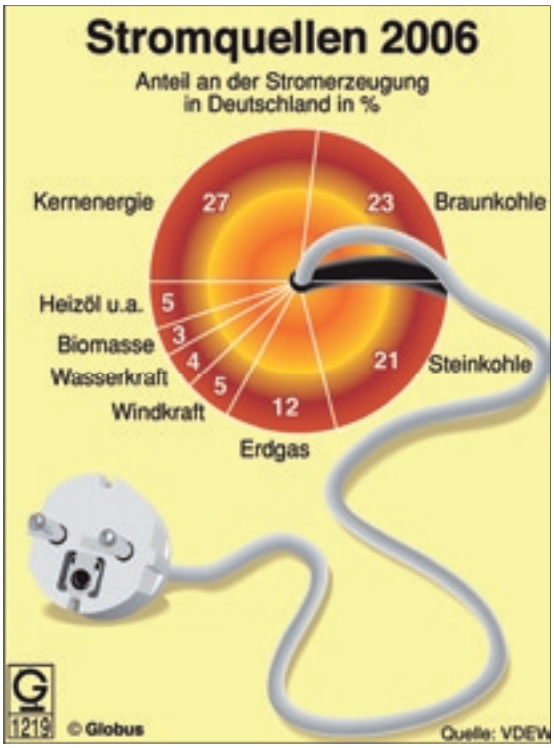
Die aktuell so leidenschaftlich diskutierte Pendlerpauschale wird bei dieser Herausforderung ebenso wenig helfen, wie das reichlich verunglückte Biospritexperiment, bei dem man vergaß, dass ein Großteil der Flotte auf deutschen Straßen die pflanzliche Beimischung schlicht nicht verdauen kann. Auch sonst reagiert die Politik bislang eher unbeholfen, mit reichlich Aktionismus und viel gespielter Empörung: Strickpullis gegen den Kältetod, Kaufappelle für Energiesparlampen, Reisen nach Grönland, reduzierte Mehrwertsteuersätze oder Sozialtarife für Geringverdiener beherrschen die Gazetten. Viele dieser Remeduren bekämpfen mehr schlecht als recht lediglich kurzfristig Symptome einer seit langem absehbaren Entwicklung. Oder sie sind ökonomisch verfehlt. So würden direkte Steuersenkungen momentan nur zu neuen Preisschüben bei höheren Margen der Konzerne führen oder gesetzlich verordnete Rabatte schlicht von unten nach oben umverteilen.

Und auch die saftige Erhöhung des Wohngeldes mit Umstellung von Kalt- auf Warmmiete ändert nichts an den Ursachen, sondern täuscht über eine weit verbreitete Rat- und Konzeptlosigkeit hinweg. Nirgendwo wird diese Malaise deutlicher als in der Energie- und Klimapolitik im engeren Sinne. Sie ist gleich mehrfach mit Irrationalitäten belastet: Das übernommene Erbe rot-grüner Beschlüsse, kaum überbrückbare ideologische Unterschiede innerhalb der großen Koalition und Blütenträume der Bevölkerung führen zu einer Erwartungshaltung, die der sprichwörtlichen „eierlegenden Wollmilchsau" sehr nahe kommt.

„Strom kommt aus der Steckdose" ...

...und soll am liebsten billig sowie strahlungsfrei hergestellt sein, dabei weder die Luft verpesten noch das heimische Landschaftsbild stören, muss das Weltklima retten, und natürlich darf das Licht hierzulande niemals ausgehen. Für reichlich Aufregung sorgte daher im März eine düstere Kunde der Deutschen Energieagentur (Dena): „Bleibt die Stromnachfrage konstant", so schrieb die Regierungsbehörde in einer Studie, „wird die Differenz zwischen Jahreshöchstlast und gesicherter Kraftwerksleistung im Jahr 2020 rund 15.800 Megawatt betragen." Der drohende Blackout wirft viele politische Planungen regelrecht über den Haufen. Um Engpässe zu vermeiden und gleichzeitig die ambitionierten nationalen Treibhausgasziele zu erreichen, müssten laut Umweltbundesamt der Stromverbrauch bis 2020 um elf Prozent sinken, der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung verdoppelt, sowie deutlich mehr erneuerbare Energien und Gas bei der Erzeugung eingesetzt werden. Illusionär!

Versetzungsgefährdet ist in Deutschland vor allem der Verbraucher. Kinder wünschen sich Spielkonsolen und PCs zum Geburtstag. Alte Kühlschränke wandern nicht zum Elektroschrott, sondern in den Keller, wo sie als Zweitgerät auf Feierlichkeiten warten. Auch das geliebte Wirtschaftswachstum will angetrieben werden. So spart Deutschland keinen Strom, sondern verbraucht sogar mehr. Private Haushalte und Kleingewerbe nahmen im ersten Halbjahr zehn Prozent mehr ab, die Industrie erhöhte ihren Bedarf um etwa fünf Prozent.



Die Stromwirtschaft in Deutschland setzt auf einen Energiemix. Das Rückgrat der Stromversorgung bilden Kohle mit einem Anteil von 44 Prozent und Kernenergie von 27 Prozent.

Unausgegorener Energiemix

Der politisch gewollte Energie-Mix gerät immer mehr zur Quadratur des Kreises. Während jenseits der Grenzen munter neue Reaktoren gebaut werden, müssen hier 17 Kernkraftwerke mit den weltweit höchsten Sicherheitsstandards vom Netz. Gleichzeitig werden viele fossile Kraftwerke altersbedingt in Rente geschickt. Von den 34 Neubauten sind aber sechs bereits abgesagt, die meisten anderen heftig umstritten. In Hamburg etwa rettete Ole von Beust sich nur dadurch in eine zweite Amtszeit, dass er für den grünen Koalitionspartner das Projekt Moorburg opferte. Längst haben sich Umweltverbände und Bürgerinitiativen der Kohleverstromung als Feind zugewandt. So verhindert eine neue Generation von Maschinenstürmern erfolgreich landauf, landab, dass alte Dreckschleudern durch moderne Anlagen ersetzt werden, obwohl die Braunkohle der einzige heimische Energieträger ist – preiswert und für Jahrzehnte ausreichend vorhanden.

Bühne frei für die Regenerativen: Bis zu 30 Prozent des Stroms soll nach Regierungsplänen im Jahr 2020 aus erneuerbaren Energien stammen. Wasserkraft bietet hierzulande kaum Potenziale. Bei der Biomasse spricht die Branche wegen steigender Rohstoffpreise von der „größten Krise" ihrer jungen Geschichte. Auch die Sonnenenergie wird kaum helfen. Zwar hat die Lobby gute Arbeit geleistet: Die auf Kunden umgelegte Subventionierung summiert sich laut Rheinisch-Westfälischem Wirtschaftsforschungsinstitut RWI über die Jahre auf gigantische 23 Mrd. Euro, obwohl der Solarstrom weniger als

Die Kopplung der Gaspreise an die Ölpreise war sicher eine gute Maßnahme, Verbraucher an das „saubere“ Gas heranzuführen. Heute aber ist die Kopplung nicht länger gerechtfertigt.

ein Prozent ausmacht. Unter Marktbedingungen wird er sich aber nie lohnen. So bleibt als einziger Trumpf der Offshore-Wind. 21 Parks mit 3.000 Fünf-Megawatt-Rotoren sind geplant. Alpha-Ventus, vierzig Kilometer nördlich von Borkum, soll als erstes ans Netz gehen. Als den Betreibern der Prestigeprojekte die teuren Unterwasserkabel ihre Kalkulation verhagelten, half die Bundesregierung aus und passte über Nacht die Rechtslage an.

Kein Wind ohne Gas

Jetzt muss der Übertragungsnetzbetreiber die „Steckdosen“ auf hoher See legen. Die Investoren sind vom Risiko befreit und die Anschlusskosten können elegant auf den Stromkunden umgelegt werden. Auch die Fördersätze wurden bei der jüngsten EEG-Novelle noch einmal großzügig erhöht. Und weil selbst der Wind nicht immer weht, muss ein Viertel des deutschen Stroms demnächst in Gaskraftwerken produziert werden, um Flauten abzusichern. Das Gas kommt übrigens aus Russland oder dem Kaukasus, wo man Preise politisch bestimmt und gerne auch mal den Hahn zudreht. Weil diese Staaten gut am Gasexport verdienen, errichten sie im eigenen Land lieber günstige Kohlekraftwerke minderer Qualität mit reichlich CO_2-Ausstoß. Ein Schelm, wer böses dabei denkt...

Fragile Netze, teure Kabel

Früher standen Kraftwerke dort, wo man Elektrizität benötigte. Im Klimaretter-Atomausstiegs-Deutschland ist auch das anders. Der „grüne Saft“ kommt künftig aus der Nord- und Ostsee. Weil aber in Bayern und Baden-Württemberg die Meiler ausgeschaltet werden, muss man ihn quer durch die Republik leiten. Schon jetzt häufen sich kritische Situationen im Netz. 850 Leitungskilometer müssen dringend ausgebaut werden. - Wäre da nicht der deutsche Michel. Wer Angst vor dem Elektrosmog des Radioweckers auf seinem Nachttisch hat, will erst recht keine Hochspannungsleitung über dem Haus. Ganz zu schweigen von der „Landschaftsverschandelung“ durch Masten. Die Gemeinde Diepholz schaffte es so, dass Niedersachen - kurz vor der Landtagswahl - ein eigenes Erdkabelgesetz verabschiedete. Ökonomisch ist die Verlegung unter der Grasnarbe unsinnig, technisch kaum erprobt. Der unterirdische Transportweg kostet dreimal so viel wie die klassische Überlandleitung und schon heute ist die Netznutzung der teuerste Bestandteil der Stromrechnung. Wen kümmert´s? 500 Kilometer Erdkabelpilotprojekte will die Bundesregierung im Schnellverfahren ermöglichen. Zahlen tut es ja ohnehin der Verbraucher. Das ist übrigens der, der eigentlich billige Energie wollte. – Vorhang zu und viele Fragen offen ...

KOMMENTAR

Deutsche Absurditäten

Als Lothar Späth noch Ministerpräsident in Baden-Württemberg war, sagte er einmal: „Die Engländer haben das Öl, die Franzosen die Kernkraft und die Deutschen die Diskussion.“ 20 Jahre später trifft das noch immer den Nagel auf den Kopf. Man organisiert lieber staatliche Heizkostenzuschüsse, statt ein rationales Energiekonzept zu zimmern. Da mutet es schon fast wie ein Wunder an, dass die Bundesbürger Deutschlands ungeliebtestem Klimaschützer, der Atomkraft, neues Vertrauen schenken: Mittlerweile befürworten 54 Prozent längere Laufzeiten. Die jetzt vom Wirtschaftsminister ins Spiel gebrachten acht zusätzlichen Jahre könnten 2,8 Mrd. Euro p.a. Entlastung bringen, ganz ohne Klimagase. Wären da nicht der Widerstand der SPD und die ungelöste Endlagerfrage. Was viele nicht wissen: Als Ex-Kanzler Schröder den Atom-Ausstieg vereinbarte, erlaubte Rot-Grün dezentrale Zwischenlager an den Kernkraftwerken, um so ungeliebte Castor-Demonstrationen zu umgehen. Dass Brennstäbe dort kaum sicherer lagern, als in den Tiefen des Salzstocks Gorleben, interessiert hierzulande nicht. Ein typischer Kuhhandel deutscher Energiepolitik, der bald weitere schwierige Fragen ins Haus stehen: Wo wird das abgeschiedene Kohlendioxid der künftigen Generation von Kohlekraftwerken gelagert? Eine ideale neue Spielwiese für Bürgerinitiativen. Sollen auf hiesigen Äckern Biokraftstoffe oder Nahrungsmittel angebaut werden? Und wie geht es mit dem europäischen Emissionshandel weiter? Brüssel möchte die Verschmutzungs-Zertifikate künftig nicht mehr weitgehend kostenlos verteilen, sondern voll auktionieren. Das käme einer zweiten Stromsteuer gleich, durch die laut Industrieverband VIK der Preis für Elektrizität zusätzlich um 50 Prozent anziehen würde. Vielleicht muss im Musterland der Windkraftweltmeister und Rekordsolarförderer doch erst das Licht ausgehen, bevor Politiker und Bürger endlich ideologisch abrüsten. Wenn Energiekosten die neuen Brotpreise des 21. Jahrhunderts sind, wären bessere Rezepte jedenfalls schnell von Nöten.

kss

DAS INTERVIEW

„Die CSU ist die Partei des Mittelstands“

Interview mit CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer zur Landtagswahl am 28. September

Keine leichte Aufgabe zur Zeit für eine CSU-Generalsekretärin ....?

Christine Haderthauer: lm Gegenteil: Unser Parteitag Ende Juli war der Auftakt für den Wahlkampf und jetzt sind wir schon mittendrin. Wahlkampf hat mir schon immer Spaß gemacht. Wann hat man schon die Gelegenheit, mit so vielen Menschen ins Gespräch zu kommen? So wie unser Ministerpräsident Günther Beckstein und unser Parteivorsitzender Erwin Huber bin ich jetzt täglich bei Wahlkampfterminen in ganz Bayern unterwegs. Ich spüre dabei ganz deutlich: Die Menschen in Bayern wollen klare politische Verhältnisse.

Demoskopisch sind die 50 % nun erreicht, da werden Sie ja sicher auch noch die X schaffen...?

Haderthauer: Ja, da bin ich mir ganz sicher. Die Menschen wissen: Nur die CSU kann Bayern erfolgreich in die Zukunft führen. Bayern steht vor der Vollbeschäftigung, wir haben mehr Ausbildungsplätze als Bewerber. Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Ergebnis der richtigen politischen Entscheidungen. Bayerns Erfolg ist untrennbar mit der CSU verbunden. Und unsere Basis ist hoch motiviert. Wir kämpfen alle gemeinsam dafür, dass zu den 50 noch ein möglichst großes X dazu kommt.

Womit überzeugen Sie einen Mittelständler, am 28. September CSU zu wählen?

Haderthauer: Jeder weiß: Die CSU ist die Partei des Mittelstands. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er zeichnet sich durch hohe Standorttreue aus. 87 Prozent der Ausbildungsplätze schaffen die kleinen und mittleren Unternehmen. Unser Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode ist deshalb auch ein Programm für den Mittelstand: Wir stärken die Innovationskraft des Mittelstands und fördern Zukunftsinvestitionen. Außerdem setzen wir uns für eine mittelstandsfreundliche Erbschaftsteuerreform ein, die Unternehmensnachfolgen erleichtert und Arbeitsplätze sichert. Das bedeutet: Die Erbschaftsteuer wird erlassen, wenn der Erbe ein Unternehmen zehn Jahre weiterführt. Eine anteilige Steuer nach dem Abschmelzmodell fällt bei kürzerer Weiterführung an. Langfristig wollen wir die Erbschaftsteuer ganz abschaffen.

Was entgegnen Sie einem Unions-Wähler, der sich darüber beklagt, dass das Profil der Union in wirtschaftspolitischen Fragen innerhalb der Berliner Koalition nicht genügend erkennbar sei?

Haderthauer: Die Union hat für den Mittelstand einiges erreicht. Wir haben den Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung von ursprünglich 6,5 auf 3,3 Prozent gesenkt, die Lohnzusatzkosten liegen nun unter 40 Prozent. Wirtschaftsminister Michael Glos hat drei Mittelstandsentlastungsgesetze durchgesetzt: Damit sinken die Bürokratiekosten für die kleinen und mittelständischen Betriebe um 850 Millionen Euro. Nach der Unternehmenssteuerreform liegt die steuerliche Belastung nicht mehr bei 39 Prozent, sondern im Durchschnitt unter 30 Prozent. Wir sehen aber noch Handlungsbedarf: Einschränkungen beim Verlustvortrag müssen korrigiert werden. Gleiches gilt für die Zinsschranke, bei der die Abzugsfähigkeit von Fremdkapitalzinsen begrenzt ist. Aber natürlich können wir in der großen Koalition nicht „CSU pur“ verwirklichen. Das geht nur in Bayern.

Christine Haderthauer (45), MdL, ist seit Oktober 2007 Generalsekretärin der CSU. Seit fünf Jahren gehört die Ingolstädter Rechtsanwältin dem Bayerischen Landtag an.

Die MIT ist für die Pendlerpauschale, für eine vorgezogene Steuerreform und gegen den Gesundheitsfonds in der konzipierten Form. Große Übereinstimmung mit der CSU - aber offenbar ist dies in der Union nicht mehrheitsfähig.

Haderthauer: Die Zustimmung zu unserem Steuerkonzept wächst auch in der CDU. In der Bevölkerung sind 81 Prozent der Meinung, dass wir bei der Pendlerpauschale zur alten Regelung zurückkehren müssen. Daran führt kein Weg vorbei: Die Spritpreise werden nicht sinken. Wir müssen die Menschen, die jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit fahren, entlasten. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Deswegen bin ich sicher: Unser Vorschlag wird sich durchsetzen.

Ein Wort noch zur Energiepolitik: Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Union innerhalb der Koalition bei der Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke durchsetzt?

Haderthauer: Nur mit Windrädern und Solarzellen – wie sich die Grünen und viele in der SPD das vorstellen – können wir unseren Energiebedarf nicht decken. Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Das erreichen wir nur mit einem Energiemix, zu dem auch die Kernenergie gehört. Deshalb sollten wir die Laufzeiten für die bestehenden Kernkraftwerke verlängern. Auch die Sozialdemokraten werden auf kurz oder lang einsehen, dass ein überhasteter Ausstieg aus ideologischen Gründen unserem Land schadet. Übrigens haben wir in Bayern schon heute den höchsten Anteil an regenerativen Energien und werden den weiter ausbauen.

Günter F. Kohl

JUNG v. MATT

Sparkassen-Finanzgruppe

Ihr Unternehmen soll wachsen?
Wir helfen Ihnen dabei.

Wir sorgen für Aufwind im Mittelstand: Mit ganzheitlichen Finanzierungs- und Beratungslösungen von Existenzgründung, über Expansion auch ins Ausland, bis hin zur Nachfolgeregelung. Infos in Ihrem Sparkassen-Firmenkunden-Center und unter www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Foto: ddp

Christian Wulff

„Scharfkantige Auseinandersetzung mit linken Positionen“

Von Günter F. Kohl

Im Sommer 2008 verwunderte Christian Wulff zeitweise Freunde und Gegner. Erst trat er vom Amt des CDU-Landesvorsitzenden zurück und kündigte gleichzeitig an, sich mehr auf Bundesebene zu Wort melden zu wollen. Dann überraschte er die Öffentlichkeit mit einem für einen Berufspolitiker ungewöhnlichen Bekenntnis: „Mir fehlt der unbedingte Wille zur Macht und die Bereitschaft, dem alles unterzuordnen.“ Der Illustrierten Stern vertraute er an: „Ich bin kein Alphatier“ und „Kanzler trau ich mir nicht zu“.

Kurz nach seinem Urlaub auf Norderney trafen wir den stellv. CDU-Bundesvorsitzenden und niedersächsischen Ministerpräsidenten, Christian Wulff, zum Interview.

MittelstandsMagazin-Chefredakteur Günter F. Kohl traf den Niedersächsischen Ministerpräsidenten in seiner Staatskanzlei in Hannover zum Interview.

Kürzlich haben Sie Freunde und Gegner mit Ihrem Bekenntnis verblüfft, dass Sie sich eine Kanzlerschaft nicht zutrauen...

Christian Wulff: Der Schlangengrube Berlin möchte ich mich ein Stück entziehen, wenn ich hier in Niedersachsen meine Arbeit gerne mache und langfristig machen möchte. Offenbar ist es für manche nicht verständlich, dass ich mich bundespolitisch einbringen möchte, ohne deswegen gleich Ämter und Funktionen anzustreben.

Wir haben eine exzellente Kanzlerin, die ein Schwergewicht für die Union ist – da stellen sich diese Fragen ohnehin nicht. Trotzdem werden sie mir immer wieder gestellt. Ich bin überzeugt, dass wir in der heutigen Zeit viele Persönlichkeiten brauchen, um die ganze Bandbreite der Union abzubilden. Es ist wohl ein bisschen überinterpretiert worden, dass ich mich auf das Amt des Ministerpräsidenten, meine Arbeit im Wahlkreis und das Amt des stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden konzentrieren will.

Es gibt im Mittelstand eine ganze Menge Leute, die an der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der Union zweifeln oder gar verzweifeln. Diese Klientel hat ja fast hörbar aufgeatmet, als sie von Ihnen hörte, dass Sie für die CDU verstärkt in wirtschaftspolitischen Fragen Position beziehen wollen.

Wulff: Daran möchte ich tatsächlich mitwirken, dass man Ulla Schmidt widerspricht, wenn sie die Krankenversicherungen zu einer Einheitsversicherung drängt und wenn Olaf Scholz die Arbeitsverwaltung und –vermittlung von Nürnberg aus zentralisiert und nicht unter Einbeziehung der Kommunen dezentralisiert oder wenn Steinbrück es bei der Erbschaftsteuerreform mit völlig unrealistischen Bewertungen und Fallbeilprinzipien dem Mittelstand schwer macht.

Auf den Gebieten Gesundheit, Arbeit und Finanzen bedarf es klarer Gegenpositionen der Union. Und da in Berlin auch viele in die große Koalition eng eingebunden sind, ist es gerade eine besonders kluge Form der Entlastung, wenn auch Unions-Ministerpräsidenten wie Günther Oettinger, wie Roland Koch oder wie ich Unions-Positionen wirtschaftspolitischer Art definieren, einfordern und über den Bundesrat ein paar zusätzliche Gewichte einbringen. Um einen Marsch auf Berlin, oder um das Einfordern von Posten – darum geht's nicht.

Foto: Axel Steding

Christian Wulff: Politik muss führen, und die Menschen sehnen sich nach Führung.

„Eine bürgerliche Mehrheit in einem Fünf-Parteien-Parlament – das könnte Blaupause für Berlin sein."

Als Ministerpräsident kann ich allerdings etwas beisteuern, nämlich die Ergebnisse bürgerlicher Reformpolitik. Ich führe eine CDU-FDP-Koalition, eine von dreien in Deutschland, und die ist bestätigt worden in einem Fünf-Parteien-Parlament. Das heißt: wir haben es geschafft gegen SPD, Grüne und Linke in der Opposition. Eine bürgerliche Mehrheit in einem Fünf-Parteien-Parlament – das könnte Blaupause für Berlin sein.

... wenn die Standpunkte der CDU deutlicher akzentuiert werden, was ja auch Ihr MIT-Landes- und Bundesvorsitzender Josef Schlarmann hin und wieder öffentlich einfordert: eine Kurskorrektur hin zu unverwechselbaren Standpunkten, insbesondere in der Wirtschaftspolitik.

Wulff: Für mich ist wichtig, dass wir in dem Regierungsprogramm, mit dem wir 2009 zur Bundestagswahl antreten, klar für ein einfaches Arbeitsgesetzbuch, für ein gerechtes und leistungsorientiertes Steuersystem, für eine dezentrale, aktive Arbeitsmarktpolitik und für Leistungswettbewerb eintreten. Also Fortentwicklung einer Politik der Mitte und der sozialen Marktwirtschaft gegen einen Linksrutsch in unserem Land. Es geht 2009 um eine Richtungsentscheidung, ob die Linkspartei Einfluss darauf nimmt, Horst Köhler abzuwählen, ob es antieuropäische Töne bei der Europawahl gibt und ob es eine Gefährdung von Angela Merkel als Kanzlerin gibt.

Von den persönlichen Werten, die die Kanzlerin bei Umfragen erzielt, ist die CDU ja noch meilenweit entfernt. Wie kann man denn diese Schere schließen?

Wulff: Unser Ziel muss 40 plus X für CDU und CSU sein, damit es mit der FDP reicht, weil eine große Koalition auf Dauer schädlich ist. Die Volksparteien müssen stärker integrieren am linken und rechten Rand. Sie müssen stark sein und Gegensätze in sich und

Foto: Axel Steding

MIT-Mitglied Christian Wulff im Gespräch mit Chefredakteur Günter F. Kohl.

miteinander austragen. Wir brauchen eine personelle Aufstellung im Team und eine programmatische Ausrichtung, die uns die 40 Prozent erreichen lassen. Das ist das Ziel für 2009, darauf müssen wir alles ausrichten.

Wie soll denn Ihrer Meinung nach der Bundestagswahlkampf strategisch angelegt sein? Als ein kurzer Kanzlerinnenwahlkampf oder als ein Wahlkampf mit Programm und Team?

Wulff: Die Kanzlerin muss und wird im Zentrum des Bundestagswahlkampfes stehen, weil sie sehr kompetent, sehr anerkannt und beliebt ist. Aber es braucht eine scharfkantige Auseinandersetzung mit linken Positionen des jetzt im SPD-Programm verankerten „demokratischen Sozialismus". Daneben müssen wir eine Politik für Wachstum und Wohlstand, für Beschäftigung, für die Wahrnehmung von Zukunftschancen im Bereich der Infrastruktur, der Energiewirtschaft und der Technologiepolitik darstellen. Die Union muss die Kraft der Modernisierung und der Erneuerung sein. Wir dürfen nicht den Ängstlichen nachlaufen, sondern wir müssen sie mutig machen.

Politik heißt Widerstände zu überwinden, aus Minderheiten Mehrheiten zu machen und Zweifelnde rüberzuziehen, wie das die Union in ihrer Geschichte großartig gemacht hat.

... heißt das für die Politik mehr zu führen statt nur zu moderieren?

Wulff: Politik muss führen, und die Menschen sehnen sich nach Führung. Sie sind froh, wenn ihnen schwere und hochkomplizierte Entscheidungen abgenommen werden. Allerdings ist in einer großen Koalition mehr Moderation, mehr Kooperation erforderlich als in einer kleinen. Aber in diese Kooperationsverpflichtung sind wir Ministerpräsidenten ja weniger eingebunden, deswegen können wir als nur mittelbare Orchestermitglieder in Berlin etwas freier aufspielen.

Sie haben bei sich in Niedersachsen das Regierungsamt vom Parteivorsitz getrennt. Wäre dies, gerade mit Blick auf das Profil der Union, auch ein Modell für Berlin?

Wulff: Ich bin immer dafür eingetreten, dass die Ämter Parteichef und Fraktionsvorsitz bzw. Parteichef und Regierungschef grundsätzlich in einer Hand liegen. Niedersachsen ist ein Sonderfall. Hier knüpfen wir an die gute Erfahrung, die wir mit Ernst Albrecht und Wilfried Hasselmann gemacht haben, an, mit David McAllister und mir. Wir sind hier ein gutes Team, eine Mannschaft mit einer großen Bandbreite – das macht auch eine Volkspartei aus – und ich wollte nach 14 Jahren nicht dienstältester Parteivorsitzender bleiben.

CHRISTIAN WULFF

1959
geboren in Osnabrück, verheiratet, eine Tochter Annalena, ein Sohn Linus Florian

seit 1990
Rechtsanwalt in Osnabrück
(z.Zt. übt er diesen Beruf nicht aus)

1994 – 2008
Landesvorsitzender der CDU Niedersachsen

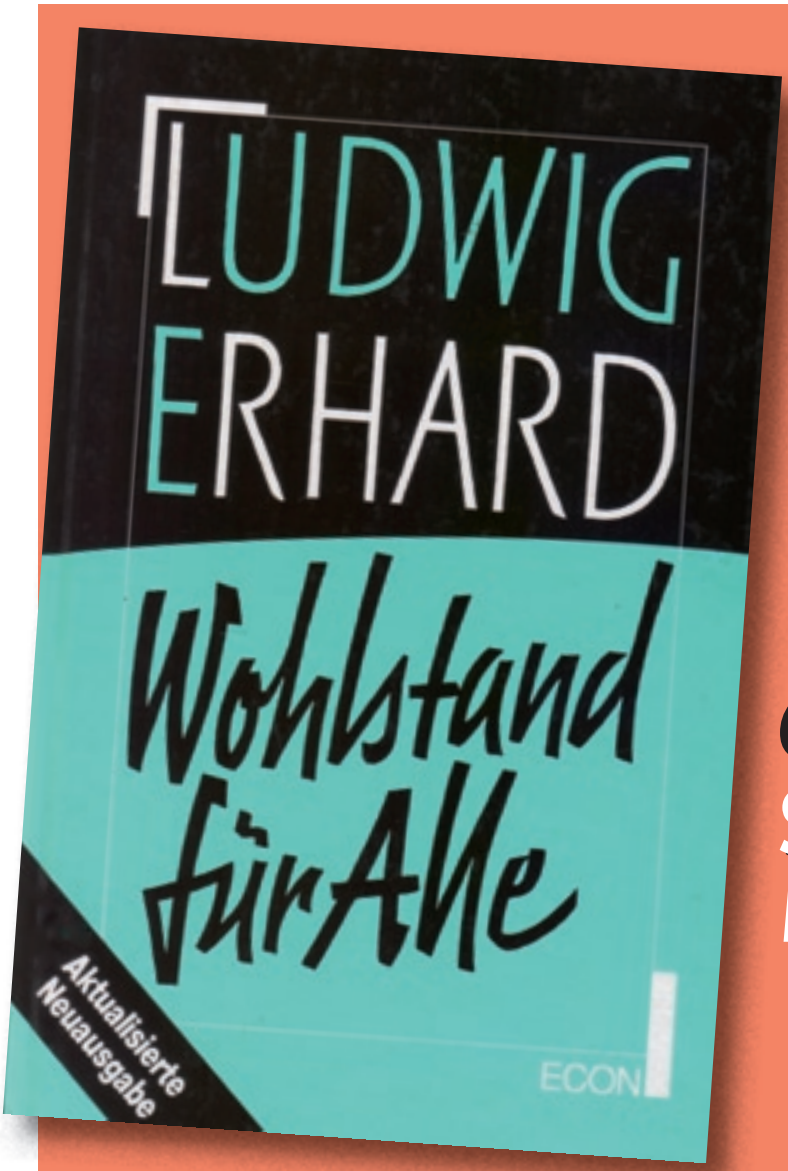
seit 1998
stellv. Bundesvorsitzender der CDU

seit 2003
Niedersächsischer Ministerpräsident

Christian Wulff ist Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Foto: Axel Steding

In Niedersachsen hat Christian Wulff es geschafft, dass seine CDU/FDP-Koalition trotz eines Fünf-Parteien-Parlaments bestätigt wurde. Ein Modell für Berlin.



60 Jahre Soziale Marktwirtschaft

„Wohlstand für Alle“, Erhards Postulat und Titel seines wohl bekanntesten Buches, ist heute mehr denn je in Gefahr – durch den Wohlfahrts- und Verteilungsstaat.

Von Wolfgang Leyendecker

Am 20. Juni 2008 hat die Soziale Marktwirtschaft ihren 60. Geburtstag gefeiert, allerdings – völlig unverständlich – klein und bescheiden anstatt wie bei solchen Anlässen groß und festlich. Dabei hätte die Soziale Marktwirtschaft allen Grund, ihren Geburtstag groß und feierlich zu begehen und gelobt und geehrt zu werden.

Gegen zunächst große Widerstände auch im eigenen politischen Lager hatte Ludwig Erhard im Sommer 1948 einen reformerischen Mut bewiesen, der bei heutigen Unionspolitikern – die Bundeskanzlerin eingeschlossen – nicht einmal ansatzweise vorhanden ist. Mit der vor allem von amerikanischer Seite verantworteten Währungsreform am 20. Juni 1948 und durch die Abschaffung der Bewirtschaftungen und Preisbindungen hat Ludwig Erhard eine Wirtschaftsordnung aus der Taufe gehoben, deren Erfolgsgeschichte historisch gesehen beispiellos geblieben ist. Einer der Hauptprinzipien dieser neuen Wirtschaftsordnung ist die Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen, während der Staat nur Rahmenbedingungen vorgibt.

Das von Ludwig Erhard verfolgte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft stand in den ersten Jahren mehrfach auf dem Prüfstand. Nach ersten Erfolgen verlangsamte sich das Wachstum zunächst wieder, während gleichzeitig die Preise und die Arbeitslosigkeit anstiegen. Ludwig Erhard musste schon sehr früh Initiativen abwehren, auch

KOMMENTAR

Deutsche zweifeln an Erhards Theorie

Pünktlich zum 60-jährigen von Erhards Sozialer Marktwirtschaft haben die Deutschen den Glauben an den Garanten des allgemeinen Wohlstands verloren: 38 Prozent der Bundesbürger haben keine gute Meinung von der deutschen Wirtschaftsordnung, nur noch 31 Prozent haben sich ihre gute Meinung bewahrt. Dies ergab eine Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung.

Während sich im Osten seit Jahren Zurückhaltung und Ablehnung gegenüber westlicher Demokratie und Wirtschaftsverfassung manifestieren, sind vor allem die in Westdeutschland gemessenen Werte erschütternd: Zum ersten Mal haben hier mehr Menschen (35 Prozent) eine schlechte als eine gute Meinung (34 Prozent) von der Marktwirtschaft. 40 Prozent aller Deutschen zweifeln, ob die Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung zeitgemäß ist. Weitere 35 Prozent sind in dieser Frage unsicher.

Die Ursachen für den Ansehens- und Vertrauensverlust im Heimatland dieses besten aller Wirtschaftssysteme, das den Deutschen einen von fast allen Nationen beneideten und bewunderten Aufstieg aus den Wirren des Krieges bis hin zum Export-Weltmeister verschafft hat, liegen auf der Hand.

Schuld sind jene Politiker, die Erhards Soziale Marktwirtschaft bis zur Verkehrung in ihr Gegenteil verändert haben, ohne dies zuzugeben. Sie gängeln und regulieren den Markt, sie behindern den Wettbewerb, sie strangulieren Unternehmer und Verbraucher, sie bevormunden Kranke und Gesunde und tun so – alles unter dem Etikett der Sozialen Marktwirtschaft. Kann man es da den Menschen verdenken, dass sie beginnen, am Original zu zweifeln, wenn man ihnen tagtäglich eine missratene Kopie vorführt? Sicher nicht.

Günter F. Kohl

aus Unionsreihen (!), die sich gegen die freie Preisbildung und den Wettbewerb wehrten. Erhard blieb seinen Prinzipien treu und das erst später folgende viel zitierte „Wirtschaftswunder“ gab ihm recht. Ab 1952 setzte ein selbsttragender, dynamischer Aufschwung ein, der in den Folgejahren durch außerordentlich starke Wachstumsraten, wachsende Beschäftigung und enorme Exporterfolge gekennzeichnet war. Nur ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende und der weitgehenden Zerstörung wurde die Bundesrepublik Deutschland zu einer der führenden Industrienationen.

Wider den Versorgungsstaat

Aus einer Gesellschaft, der es zunächst elementar an Nahrungsmitteln, Wohnraum und effizienten Arbeitsplätzen mangelte, wurde binnen weniger Jahre eine Konsumgesellschaft, für deren Mitglieder sich das Erhard`sche Postulat „Wohlstand für Alle“ in beeindruckender Weise erfüllte. Für Ludwig Erhard stand fest: „Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherheit jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen.“ Getreu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, nämlich Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Subsidiaritätsprinzip und Ordnungspolitik war auch für Ludwig Erhard klar, dass eine sinnvolle soziale Absicherung gegenüber den großen Lebensrisiken und Hilfe für die wirklich Armen notwendig ist. Den „Versorgungsstaat“ bezeichnete er jedoch als modernen Wahn“. Für Erhard galt: „Das eigentlich Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass die Menschen in einer freiheitlichen Ordnung selbst Wohlstand erarbeiten können. Der Staat darf sie hierbei nicht stören“. Es entspricht daher den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, dass auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstversorgung gewährleistet sein muss.

Zu hohe Staatsquote

Von diesem Leitbild ist die heutige bundesrepublikanische Wirklichkeit meilenweit entfernt. Wir haben uns zu einer Verteilungs- und Transfergesellschaft entwickelt, bei der verantwortungslose Politiker in falsch verstandener sozialer Gleichmacherei auf dem besten Wege sind, den Staat immer weiter zu einem Versorgungsstaat auszubauen statt gemäß den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft notwendige Reformen durchzuführen. Dies zeigt sich insbesondere an der langfristigen Entwicklung der Staatsquote. Diese erhöhte sich von 32,9 Prozent im Jahr 1960 - noch im Wiederaufbau und angesichts der Aufnahme von Millionen Vertriebenen - in den 90er Jahren unter der Unionsregierung auf fast 50 Prozent. Sie betrug im Jahre 2007 immer noch zu hohe 43,9 Prozent. Diese Dominanz des Versorgungsstaates mit dem vielfachen Finanzierungsbedarf lähmt private Initiative und das Wachstum der Wirtschaft im Globalisierungswettbewerb.

Wenn man bedenkt, dass aus bestimmten politischen Kreisen, auch aus Unionskreisen, immer neue Ansprüche angemeldet werden, die auf weitere Belastungen und Reglementierungen abzielen - von der höheren Besteuerung von Vermögen und Erbschaften bis zur Einführung von Mindestlöhnen - so verabschiedet sich der Staat von Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und ist mit den „Predigern“ der Verteilungsgerechtigkeit auf dem falschen Weg. Soziale Gerechtigkeit bedeutet nämlich ausgleichende Gerechtigkeit zwischen den Leistungserbringern und Leistungsempfängern. Und genau hierbei spielen Markt und Wettbewerb eine zentrale Rolle. Deswegen hat Ludwig Erhard auch Recht: „Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft beginnt nicht erst bei der Umverteilung durch den Staat, sondern entscheidend ist vor allem, dass die Wirtschafts- und Sozialordnung genügend Chancen für Eigeninitiative und Selbstvor-

sorgewettbewerb bietet“. Nur so kann im weltweiten Wettbewerb der „Wohlstand für Alle“ gesichert werden. Das ist die zentrale, heute noch geltende Botschaft Ludwig Erhards.

Verabschieden wir uns also schleunigst von Sozialromantikern und Verteilungsfanatikern in den eigenen Reihen. Diese sollten sich folgendes in ihr „Gebetbuch“ schreiben lassen (frei nach Eugen Roth):

So ist der Mensch, wie man hier sieht,
stets selber seines Glückes Schmied.
Fest und mit des Erfolgs Gebärde,
geht nun der Mensch auf seiner Erde,
schafft, was er will, aus eigener Kraft,
in der Sozialen Marktwirtschaft.

ERHARD-ZITATE

Wenn und wo die Funktion des Marktes durch das Walten der Funktionäre und der Wettbewerb durch eine Lenkungsbürokratie ersetzt wird, ist es mit der Leistungsverbesserung und dem Fortschritt vorbei; dann ist es aber auch um die soziale Wohlfahrt und den menschlichen Wohlstand geschehen.

*

Wenn sich private Initiative auch im Leistungswettbewerb bewähren soll, dann darf sie vor allem nicht politisch oder gar parteipolitisch behindert werden. Das sollte jedenfalls unstrittig sein, dass der private Lebensbereich im Rahmen unserer gesetzlich fundierten Ordnung von staatlicher Bevormundung frei sein muss.

Sizilien liegt nicht an der Ruhr. Diese kritische Anmerkung gilt natürlich auch gegenüber solchen Vorstellungen, die ebenso abwegige Gedanken unter einem anderen Motto, dem der „Harmonisierung“, verfolgen und unter dieser Flagge eine Gleichmacherei aller ökonomischen Verhältnisse betreiben wollen. Ich übertreibe nicht, wenn ich berichte, dass man dabei an die Löhne, die Sozialleistungen, die Urlaubsregelung, an die Bezahlung der Überstunden denkt.

*

Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. Daher ist es notwendig, dass das Subsidiaritätsprinzip als eines der wichtigsten Ordnungsprinzipien für die soziale Sicherung anerkannt und der Selbsthilfe und Eigenverantwortung soweit wie möglich der Vorrang eingeräumt wird. Der staatliche Zwangsschutz hat demnach dort haltzumachen, wo der einzelne und seine Familie noch in der Lage sind, selbstverantwortlich und individuell Vorsorge zu treffen. Dies trifft bei den in abhängiger Arbeit Beschäftigten zumindest für diejenigen Angestellten zu, die ein höheres Einkommen beziehen und damit eine verantwortliche Position in der Wirtschaft oder Verwaltung einnehmen.

Quelle: ‚Die Soziale Marktwirtschaft. Der Ludwig-Erhard-Zitatenschatz.‘ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Berlin 2007. ISBN 978-3-00-023130-8

Foto: Pitopia

Die Rente mit 67 war nur ein erster Schritt, um die Altersvorsorge zukunftssicher zu machen. Ohne eigene zusätzliche Vorsorge droht Altersarmut.

Ansparphase

Die Angst der Deutschen vor der rentablen Geldanlage

Zahlen und Fakten liegen auf dem Tisch, der Staat allein kann seinen Bürgern in absehbarer Zukunft keinen sorgenfreien Lebensabend mehr zusichern. Der Gesetzgeber hat in einem ersten Schritt das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre heraufgesetzt und den so genannten Riester-Faktor in die Rentenformel eingeführt. Das Gespenst der drohenden Altersarmut wird immer öfter in telegenen Talk-Shows gesichtet und geistert zudem durch viele Gazetten.

Kein Spaß am Sparen

88 Prozent der regelmäßig befragten Deutschen halten die private Vorsorge für „ein absolutes Muss". Aber jeder Zweite sagt auch: „Planung und Aufbau der Altersvorsorge ängstigen mich." Eine international angelegte Studie der Fondsgesellschaft Fidelity belegt: Im europäischen Vergleich haben die Bundesbürger nur wenig Spaß am Sparen fürs Alter. Lediglich 30 Prozent stimmten der Formulierung zu: „Altersvorsorge kann Freude machen." In Spanien waren es hingegen 52 Prozent, in Italien sogar 86 Prozent.

Eine Analyse der Gründe kommt zu dem Ergebnis, dass hierzulande mangelhafte Kenntnisse in der Geldanlage auf eine kaum überschaubare Vielfalt an Finanzprodukten trifft. Und die unterschiedlichen Förderungen mit Einkommensbegrenzungen und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten machen die Entscheidung auch nicht leichter. „Der Wille, privat für das Alter vorzusorgen, ist da, aber das Wissen nicht", bringt es Peter Lischke von der Verbraucherzentrale Berlin auf den Punkt. Denn es gelte nicht nur zwischen privater, betrieblicher und staatlich geförderter Vorsorge zu wählen, sondern auch Risiko und Kosten, Renditeerwartungen und steuerliche Auswirkungen zu beachten. Deshalb flüchten so viele Bürger zum Sparbuch. Nach der Kapitallebensversicherung liegen Sparbücher, Festgeld und ähnliche Geldanlagen auf Platz zwei der beliebtesten Vorsorgeprodukte, gefolgt vom Bausparvertrag. Nicht einmal jeder Fünfte der von Fidelity befragten Deutschen verfügt über ein Wertpapierdepot. Und es macht keinen großen Unterschied, ob es sich bei dem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt um Angestellte oder selbstständige Handwerker handelt.

Genau hinsehen, was übrig bleibt

Die Auswirkungen lassen sich auf einen Blick in der Zinseszinstabelle über die wunderbare Geldvermehrung ablesen: Wer sich mit nur drei Prozent auf dem Sparbuch zufrieden gibt, muss gut 23 Jahre lang warten, bis sich seine Geldanlage verdoppelt hat. Bei einer achtprozentigen Rendite – etwa mit Aktienfonds – ist dieses Ziel bereits nach neun Jahren erreicht.

In den Beratungsgesprächen wird dank des Zinseszinseffekts oft mit imponierenden Zuwachsraten jongliert – jedenfalls aus aktueller Sicht –, vor allem, wenn der Ruhestand noch in weiter Ferne liegt. Eher selten wird darauf hingewiesen, was diese Beträge wirklich wert sind, nämlich in Kaufkraft gerechnet. So schrumpft bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von zwei Prozent eine jetzt errechnete Zusatzrente von 2.000 Euro innerhalb von 20 Jahren auf tatsächlich verwertbare 1.300 Euro. Im Augenblick liegt die Preissteigerung aber bei drei Prozent.

Ebenfalls unberücksichtigt bleibt in vielen Kalkulationen, dass Zinserträge vom nächsten Jahr an pauschal um 25 Prozent Abgeltungsteuer (plus Solidaritätszuschlag, plus möglicherweise Kirchensteuer) gemindert werden. Der Vermögensverwalter

Foto: Pitopia

Mit spitzem Stift kalkulieren: Gute Information und Beratung sind bares Geld wert.

ZINSESZINS ODER DIE WUNDERBARE GELDVERMEHRUNG

Aus einer einmaligen Einzahlung von 10.000 Euro werden

bei in Jahren	**3 %**	**4 %**	**5 %**	**6 %**	**7 %**	**8 %**
1	10.300	10.400	10.500	10.600	10.700	10.800
2	10.609	10.816	11.025	11.236	11.449	11.664
3	10.927	11.249	11.576	11.910	12.250	12.597
4	11.255	11.699	12.155	12.625	13.108	13.605
5	11.593	12.167	12.763	13.382	14.026	14.693
6	11.941	12.653	13.401	14.185	15.001	15.869
7	12.299	13.159	14.071	15.036	16.058	17.138
8	12.668	13.686	14.775	15.938	17.182	18.509
9	13.048	14.233	15.513	16.895	18.385	19.990
10	13.439	14.802	16.289	17.908	19.672	
11	13.842	15.395	17.103	18.983		
12	14.258	16.010	17.959	20.122		
13	14.685	16.651	18.856			
14	15.126	17.317	19.799			
15	15.580	18.009				
16	16.047	18.730				
17	16.528	19.479				
18	17.024	20.258				
19	17.535					
20	18.061					
21	18.603					
22	19.161					
23	19.736					
25 zum Vergleich:			**33.864**	**42.919**	**54.274**	**68.485**

Wer sich mit nur drei Prozent auf dem Sparbuch zufrieden gibt, muss gut 23 Jahre lang warten, bis sich seine Geldanlage verdoppelt hat. Bei einer achtprozentigen Rendite – etwa mit Aktienfonds – ist dieses Ziel bereits nach neun Jahren erreicht.

Beispiel:
Sparer A kauft Monat für Monat 3 Fondsanteile, Sparer B investiert regelmäßig 100 Euro.

Monat	Preis	Anteile **für A**	Anteile **für B**
April	20 €	3 = 60 €	5 = 100 €
Mai	40 €	3 = 120 €	2,5 = 100 €
Juni	50 €	3 = 150 €	2 = 100 €
Juli	40 €	3 = 120 €	2,5 = 100 €
insg.		**12 = 450 €**	**12 = 400€**

Da gerade Jungunternehmern selten größere Summen zur Verfügung stehen, weil sie vornehmlich in den eigenen Betrieb investieren, ist die monatliche Abbuchung zu Gunsten der privaten Altersvorsorge „das absolute Muss", wie es in der Fidelity-Untersuchung heißt. So können schon aus 100 Euro pro Monat in 25 Jahren immerhin beachtliche 91.529 Euro werden. Einzahlungen von insgesamt 30.000 Euro in einen rentablen Aktienfonds hätten sich dann mehr als verdreifacht.

Gottfried Heller rechnet vor: „Bei einem Nominalzins von fünf Prozent und einer angenommenen Inflation von 2,5 Prozent bleiben real, nach Abzug der Steuern, magere 1,25 Prozent übrig. Ein internationales Aktiendepot hat langfristig im Durchschnitt über zehn Prozent pro Jahr gebracht. Hier bleiben unter dem Strich 6,5 Prozent übrig."

Zugegeben, Aktienkurse können kurzfristig schwanken, mitunter sogar sehr stark. Doch gerade für die langfristig angelegte Altersvorsorge sind solche Papiere eigentlich unverzichtbar. Dabei haben sich regelmäßige Einzahlungen in einen Fondssparplan als besonders sinnvoll erwiesen. Denn: Egal wie sich die Börse entwickelt, der Anleger profitiert stets von dem Durchschnittskosten-Effekt, von Experten Cost-Average genannt, weil auch Bruchteile dem Konto gutgeschrieben werden.

REGELMÄSSIGE EINZAHLUNGEN IN EINEN SPARPLAN

Aus 100 Euro pro Monat werden bei einer durchschnittlichen Rendite von

Gesamteinzahlung in Jahren		**5 %**	**6 %**	**7 %**	**8 %**
10	12.000	15.502	16.331	17.208	18.137
11	13.200	17.510	18.550	19.658	20.840
12	14.400	19.618	20.902	22.280	23.759
13	15.600	21.831	23.395	25.085	26.912
14	16.800	24.155	26.038	28.087	30.317
15	18.000	26.596	28.839	31.298	33.994
16	19.200	29.158	31.808	34.735	37.966
17	20.400	31.848	34.956	38.411	42.255
18	21.600	34.673	38.292	42.346	46.888
19	22.800	37.639	41.829	46.556	51.891
20	24.000	40.754	45.577	51.060	57.294
21	25.200	44.024	49.551	55.880	63.130
22	26.400	47.458	53.763	61.037	69.432
23	27.600	51.063	58.228	66.555	76.238
24	28.800	54.849	62.961	72.459	83.589
25	30.000	58.824	67.977	78.777	91.529
25	**zum Vergleich:**	**58.824**	**67.977**	**78.77**	**91.529**

Bei den Sparplänen mit regelmäßigen Einzahlungen wirkt der Zinseszins-Effekt mit deutlicher Verzögerung, denn das Kapitalniveau baut sich erst langsam über viele Jahre auf. Selbst bei der rentabelsten der dargestellten Anlageformen mit einer durchschnittlichen Verzinsung von acht Prozent wird erst nach 17 Jahren eine Verdoppelung der Einzahlungen erreicht, allerdings nach 25 Jahren auch bereits eine Verdreifachung. Für die Altersvorsorge gerade mittelständischer Unternehmer sind die Sparpläne dennoch in aller Regel die bessere Lösung, da in jungen Jahren selten größere Beträge für eine einmalige Anlage zur Verfügung stehen. Und nach 25 Jahren ist der Kontostand allemal höher.

Auszahlungsphase

Wenn Sparen die Bedeutung von Sparsamkeit bekommt

Die „Erntephase“ der Altersvorsorge muss nicht auf das 65. oder 67. Lebensjahr fixiert sein.

Von dem irischen Schriftsteller George Bernard Shaw stammt die Erkenntnis: „Als ich jung war, dachte ich immer, Geld sei das Wichtigste im Leben. Jetzt, da ich alt bin, weiß ich, dass es stimmt.” Das auch finanziell geprägte Lebensphasenmodell kennt vier Abschnitte.

I. Die Einstiegsphase von Geburt bis etwa zum 35. Lebensjahr wird in der Kindheit maßgeblich vom Elternhaus geprägt und der sich anschließenden Ausbildungszeit. Es gibt 30-jährige Berufsanfänger und gestandene Unternehmer, doch nennenswertes Kapital für die Altersvorsorge ist in aller Regel noch nicht vorhanden.

II. Die Aufbauphase umfasst das Jahrzehnt zwischen 35 und 45 Jahren. Zwar steigt das Einkommen, doch auch die materiellen Wünsche werden größer und teurer. Das hängt eng mit der Familiengründung und dem Kindersegen zusammen. Das Häuschen im Grünen, vielleicht auch eine Existenzgründung binden zwar viel Geld, doch in diesem Alter müssen unbedingt erste Weichen für die Altersversorgung gestellt werden.

III. Die Handlungsphase reicht etwa vom 45. Lebensjahr bis zum Rentenbeginn mit 67 Jahren. Die berufliche Stellung oder die selbstständige Existenz ist gefestigt, die höchste Stufe des persönlichen Einkommens wird erreicht. Anschaffungen und Konsum werden zu Statusfragen, sind nicht mehr Lebensnotwendigkeit. Die Ausbildung der Kinder kann zum größten Kostenfaktor werden.

IV. Die Erntephase muss nicht unbedingt auf das 65. oder 67. Lebensjahr fixiert sein. Selbst die gesetzliche Rentenversicherung sieht unter bestimmten Voraussetzungen einen früheren Ausstieg aus dem Arbeitsleben vor. In aller Regel sind die Kinder aus dem Haus, diese nicht unerheblichen Kosten entfallen. Außerdem wurde in diesem Alter vermutlich bereits eine Erbschaft gemacht.

Aktien reduzieren

Die zeitlebens garantierten Rentenzahlungen bilden die Ausgangsbasis. Sparen kann die Bedeutung von Sparsamkeit bekommen, wenn weniger hohe Einkünfte zur Verfügung stehen. Das ersparte Vermögen darf verwendet werden, doch ist zu berücksichtigen: Der so genannte Notgroschen – stets verfügbar – muss im Alter um ein Vielfaches größer sein als während des Berufslebens. Damit vielleicht eine teure Klinikbehandlung oder der Platz im Seniorenheim bezahlt werden kann.

Sicherheit und Liquidität sind jetzt wichtiger als riskante Geldanlagen mit der Chance auf hohen Gewinn. Es gibt beispielsweise eine Faustformel für Aktien-Engagements: 100 minus Alter. Will sagen: Selbst ein gutsituierter 70-Jähriger sollte nur noch mit 30 Prozent seines Vermögens an Firmen beteiligt sein und diesen Anteil mit fortschreitendem Alter weiter abbauen.

Bei fälligen Kapitallebensversicherungen muss über die Verwendung der freigewordenen Mittel entschieden werden. Als Alternativen bieten sich an: Umwandlung in eine lebenslange Rentenversicherung, möglicherweise unter Einschluss des Lebenspartners. Diese Variante senkt zwar – altersabhängig – die monatliche Auszahlung, bleibt aber dann auch dem Längstlebenden erhalten.
Die zweite Möglichkeit einer Zusatzrente bieten die Auszahlpläne von Banken oder Investmentgesellschaften. Der Unterschied: Mit den Geldinstituten wird eine Laufzeit mit einer konstanten Verzinsung des eingezahlten Kapitals vereinbart. Daraus resultieren die unveränderlichen monatlichen Auszahlungen.

Welcher Auszahlplan auch gewählt wird, eine Grundsatzentscheidung ist dennoch vorab zu fällen: Soll das investierte Kapital für die Erben erhalten bleiben oder darf es aufgezehrt werden? Die Auswirkungen auf die monatliche Zusatzrente sind beachtlich (siehe Übersicht). Und: Wer seine Geldanlage verfrühstücken will, spielt zugleich mit seiner Lebenserwartung. Denn die Höhe der Auszahlungen wird von der gewählten Laufzeit bestimmt. Anders als bei einer Rentenversicherung wird jedoch beim vorzeitigen Tod das nicht verbrauchte Restkapital an die Erben überwiesen.

Die Finanzbranche hat schon aus eigenem Interesse inzwischen eine Vielzahl von Produkten für die private Altersvorsorge entwickelt. Ob Riester- oder Rürup-Rente als staatlich geförderte Modelle, ob Direktzusage oder Direktversicherung als betriebliche Vorsorge, ob zunächst eine Kapitallebensversicherung oder besser gleich eine Rentenversicherung – es ist die Vielzahl der Angebote mit ungezählten Varianten, die verunsichert. Denn der einmal gewählte Weg muss lange gegangen werden, wenn er zum Erfolg führen soll.

hw

MONATLICHE ZUSATZRENTE, WENN DAS KAPITAL ERHALTEN BLEIBT

Entnahmeplan bei einer durchschnittlichen Rendite von

Vermögen	5 %	6 %	7 %
50.000 Euro	204	243	283
100.000 Euro	**408**	**487**	**565**
150.000 Euro	612	730	848
200.000 Euro	816	973	1.130
250.000 Euro	1.020	1.217	1.413
300.000 Euro	1.224	1.460	1.696
350.000 Euro	1.428	1.703	1.978
400.000 Euro	1.632	1.946	2.261
450.000 Euro	1.836	2.190	2.543
500.000 Euro	2.040	2.433	2.826

Das zur Verfügung stehende Geld und die Wertentwicklung der gewählten Anlageform bestimmen die Höhe der monatlichen Zusatzrente ohne Rücksicht auf die Laufzeit, also lebenslänglich, da das Kapital erhalten bleibt. Die Erben können so mit der vollen Summe als Nachlass rechnen.

MONATLICHE ZUSATZRENTE, WENN DAS KAPITAL VERZEHRT WIRD

Entnahmeplan für 100.000 Euro bei einer durchschnittlichen Rendite von

in Jahren	5 %	6 %	7 %
10	1.056	1.102	1.150
12	920	968	1.016
14	824	872	924
15	784	836	886
16	752	802	854
18	696	750	802
20	654	708	762
22	618	674	730
24	590	646	704
25	**578**	**634**	**692**

Der Kapitalverzehr bewirkt, dass immer weniger Geld für die Verzinsung zur Verfügung steht. Bei einer Laufzeit von 25 Jahren und einer Rendite von sieben Prozent liegen die Auszahlungen indes nur noch um 22 Prozent über der Monatsrente bei vollem Kapitalerhalt.

delta lloyd

TOP BAV
ÜBER 50 JAHRE ERFAHRUNG

Günter Lehmann, Geschäftsführer der Alde Gott Winzer eG in Sasbachwalden, hat sich für die Unterstützungskasse von Delta Lloyd entschieden.

Mehr betriebliche Rente mit Delta Lloyd

FÜR MEINE MITARBEITER

Die Lösungen der Delta Lloyd zur betrieblichen Altersvorsorge sind genau das, was ich gesucht habe. Strategisch geplant und konsequent umgesetzt kann ich gemeinsam mit meinen Mitarbeitern Steuern und Sozialabgaben sparen. Diese vom Staat geförderte Vorsorgemöglichkeit hat mich überzeugt und meine Mitarbeiter motiviert.

Sprechen Sie uns an:
0180 202 8 202 444*
firmengeschaeft@deltalloyd.de
www.deltalloyd.de/bAV

* 0,09 Euro pro Minute aus dem dt. Festnetz, ggf. abweichende Preise aus dem Mobilfunk

IAA Nutzfahrzeuge

Fachpublikum weiß Detailverbesserungen zu schätzen

Im Frühjahr eingeführt, jetzt schon die Nummer eins: Der neue Kangoo Rapid von Renault.

Anders als bei den automobilen Glanzlichtern wie dem Genfer Salon oder der IAA in Frankfurt geht es bei den Fachmessen für Nutzfahrzeuge weniger spektakulär zu. So auch Ende September in Hannover. Da wird von den Verkäufern am Mercedes-Stand schon als Highlight gefeiert, dass die gute alte G-Klasse nun einen anderen Kühlergrill und eine neue 5,5-Liter-V8-Maschine verpasst bekommen hat.

Echte Modellwechsel sind höchst selten. Die Doppelkabine des Volkswagen Transporters – liebevoll „Bulli" genannt – feiert beispielsweise in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag (der „Bulli" selbst ist bereits 61), und doch hat die aktuelle Variante nur noch wenig mit ihren Vorgängern zu tun. Auf der Techno Classica, der größten europäischen Oldtimer-Messe in Essen, präsentierte die Nutzfahrzeugsparte von VW erstmals auf einem eigenen Stand die Entwicklungsstationen.

Das Fachpublikum ist denn auch mehr an den nützlichen Detailverbesserungen interessiert, als an einem Aufsehen erregenden Facelifting, wie es in der Pkw-Sparte regelmäßig für Schlagzeilen sorgt. So war im Frühjahr auf der Leipziger Auto Mobil International (AMI) die neuartige Ausstattung des VW Caddy Maxi als Reisemobil, genannt Tramper, von den Besuchern stark umlagert.

Wegen ihrer vielseitigen Verwendung erfreuen sich Vans einer immer größeren Beliebtheit. Und so wird Peugeot in Hannover mit der Vagabond-Ausstattung eine Freizeit-Variante des bewährten Expert-Modells präsentieren, diesmal sogar mit einem Hubdach ausgestattet.

Das Beispiel des Fiat Fiorino Kombi zeigt, dass jede Neuheit noch zu verbessern und zu variieren ist. So bekommt der hierzulande in Leipzig erstmals vorgestellte Kastenwagen nun ein Offroad-Getriebe, und auf der IAA wird das Auto als Pkw-Modell Panorama gezeigt. Mit einem aufgepeppten Interieur, Verglasung auch hinter der zweiten Sitzreihe und mit einer Heckklappe statt der bislang üblichen Flügeltüren.

Außerdem belässt es Fiat nicht bei der Messe-Präsentation. Quer durch Deutschland ist die Transporter-Einheit des italienischen Herstellers mit einer mehrmonatigen Roadshow unterwegs unter dem Motto „Profis auf Achse". Zusammen mit den teilnehmenden Händlern wird über das aktuelle Angebot auf dem deutschen Markt informiert und zu Probefahrten eingeladen. Nicht nur im neuen Fiorino. Alle Ducato-Varianten machen ebenfalls mit, vom Kipper und Minibus bis zum Taxi und Behindertentransporter.

Neues vom Pick-up-Segment

Dacia Logan, die Billigmarke von Renault, will nun auch das Pick-up-Segment aufmischen. Bis zu 800 Kilogramm Nutzlast sind möglich.

Die Doppelkabine des VW „Bulli" wird in diesem Jahr 50 Jahre alt.

Iveco ist mit seiner Stralis-Serie auf dem Markt der schweren Trucks weit vorn.

In der Einzelkabine finden sich hinter den Sitzen weitere 300 Liter Stauraum, die eigentliche Ladefläche ist dann noch 1,80 Meter lang. Die verfügbaren Motoren – 90-PS-Benziner und zwei Diesel mit 70 und 85 PS – stammen von Renault. Zu besichtigen ist das Modell in Hannover. Im Heimatmarkt Rumänien schon für 7.250 Euro zu haben, soll der Pick-up von 2009 an auch hierzulande erhältlich sein.
Im Frühjahr eingeführt, jetzt schon die Nummer eins: Der neue Kangoo Rapid hat auf Anhieb die Importwertung der Kategorie Lieferwagen bei der diesjährigen Wahl „Die besten Nutzfahrzeuge" gewonnen. Der neue Kangoo Rapid knüpft mit dem Sieg nahtlos an die Erfolge seines Vorgängers an: Dieser hatte die Kategorie zuvor acht Mal in Folge für sich entschieden. Der neue Kangoo Rapid überzeugte die Leser mit seinem schlüssigen Gesamtkonzept: Der Transporter vereint ein großes Platzangebot in Laderaum und Fahrerkabine mit agilen und wirtschaftlichen Motoren sowie zahlreichen praktischen Detaillösungen. Dazu kommen der ausgezeichnete Fahrkomfort und das hohe Sicherheitsniveau. Ein besonderer Blickfang sind stets die Trucker, auch die PS-starken Sattelzugmaschinen für mehrachsige Container-Transporte oder Tankfahrzeuge. Ford hat die 350-PS-Version des Cargo überarbeitet, der Ecotorq-Motor schafft nun auch die Euro 4-Norm, die Kabine ist deutlich besser gedämmt, und dem Fahrer erleichtern jetzt drei Trittstufen den Einstieg. Innen gibt es neu gestaltete Sitze und ein schickes Dreispeichen-Lenkrad. Neue Federn und Dämpfer sollen für eine bessere Straßenlage sorgen, und der Dachspoiler gehört künftig zur Serienausstattung.

Der erste Hybrid-Lkw

Volvo kommt mit dem ersten Hybrid-Lkw, der bis zu 30 Prozent weniger Sprit benötigen und ebensoviel CO_2 sparen soll. Vor allem beim häufigen Stop-and-Go-Betrieb, zum Beispiel beim Einsatz von Entsorgungsfahrzeugen der Müllabfuhr, macht sich die neue Technik schnell bezahlt. Bis 20 Stundenkilometer fährt das Auto voll elektrisch, die Batterien werden über die Bremsenergie aufgeladen. Der 320 PS starke Dieselmotor kommt lediglich bei größeren Distanzen zum Einsatz.

„Wer bei Iveco einen 18-Tonner sucht, trifft mit dem kleinen Stralis AD 190 die modernere, komfortablere Wahl", empfiehlt das Trucker-Fachmagazin. Denn: „Deutlich steifer, fester und erwachsener als der zaundürre Eurocargo meistert der AD-Stralis die Anfeindungen der Straße, vielleicht nicht ganz so unerschütterlich wie der Scania P270, aber auf MAN-TGM-Niveau." Der Grundpreis inklusive Eurotronic 12-Gang-Getriebe liegt bei knapp 135.000 Euro, doch die Aufpreisliste für ein paar Annehmlichkeiten ist erheblich: 1.620 Euro für die Klimaanlage, 2.700 Euro für die klappbare Schlafliege, 490 Euro für den besseren Fahrersitz, 380 Euro für das Sonnenblendrollo an der Windschutzscheibe.

Starke Zubehör-Branche

Die Zubehör-Branche ist auch bei der IAA in Hannover wieder stark vertreten. Den auf Ausbauten spezialisierten Firmen fallen immer neue, oft individuelle Lösungen für Handwerker oder Kühltransporte ein. Nicht von ungefähr nutzen sie deshalb neben der IAA auch die Münchner Handwerksmesse als Plattform, ihre Produktpalette zu offerieren.

Das Spektrum ist insgesamt so umfangreich, dass Besucher auf manche Stände eher per Zufall treffen. So präsentiert beispielsweise Philips eine neue Generation von 24-Volt-Halogenlampen für Nutzfahrzeuge. Das Modell Master Duty bietet besondere Vibrations- und Schlagfestigkeit durch einen Doppelglühdraht. Bis zu 1800 Stunden Leuchtdauer werden versprochen.

Das leidige Thema TV-Empfang während der Ruhepausen der Fernfahrer oder auch bei einem Wochenend-Ausflug mit der Familie will SL Communication & Technology mit der mobilen Satellitenschüssel erledigen. Alles Notwendige ist in einem Koffer beisammen. Suchlauf starten und schon kann es losgehen mit dem Programmempfang, steht in der Anleitung. Zahlreiche Stationen sind bereits programmiert, der mitgelieferte Kompass erleichtert die Ausrichtung vor Ort. Und: Mit 105 Euro ist auch der Preis in Ordnung.

cw

Wider das Pfeifen im dunklen Walde

Von Reinhard Myritz

Foto: Propia

Mit Motivation und vertrauens- und teambildenden Maßnahmen versuchen Unternehmen, dem wachsenden Zynismus in der Mitarbeiterschaft zu begegnen.

Der Zynismus in vielen Unternehmen wächst. Folge sind die innere Kündigung und horrender finanzieller Schaden. Kontinuierliche Personalentwicklung sowie professionelle und offene Information und Kommunikation sind wirksame Instrumente zum Gegensteuern.

Tausende Stellen abgebaut – Vorstandsgehälter steigen um 30 Prozent... Die Schlagzeilen klingen bekannt, und auch ihre öffentliche Wirkung ist es. Die mediale Empörung ist groß. Der Stammtisch kocht. Häufig beherrschen zynische Kommentare diese fast schon zum Alltag gehörenden Debatten bis tief in die Unternehmen hinein. Was aber ist wirklich geschehen? Jan Schilling vom Lehrstuhl für Betriebs- und Organisationspsychologie der RWTH Aachen hat nach einer Antwort auf dieses Phänomen gesucht und jetzt eine der ersten in Deutschland veröffentlichten empirischen Studien zum gar nicht so exotischen „organisationalen Zynismus" vorgestellt. Gemeint ist damit nicht etwa eine vage Unzufriedenheit der Mitarbeiter mit bestimmten Zuständen an ihren Arbeitsplätzen, sondern die massiv negative, ja destruktive Grundeinstellung zum Unternehmen, die sich sowohl im Denken, in Emotionen und schließlich in Taten niederschlägt.

Kluft zwischen Plänen und Umsetzung

„In vielen Unternehmen werden die Mitarbeiter immer zynischer", bilanziert der Experte. Zunehmend würden sie eine wachsende Diskrepanz zwischen offiziell verkündeten Zielen und dem tatsächlichen Handeln ihrer Unternehmensleitungen beobachten. Die Kluft zwischen angekündigten Plänen und ihrer tatsächlichen Umsetzung scheine für sie größer zu werden. Es verfestige sich der Eindruck, Führungsentscheidungen würden eher von Beliebigkeit oder sogar Dilettantismus und Unfähigkeit diktiert als von betriebswirtschaftlichem Sachverstand. Nach und nach entwickle sich so etwas wie ein Tunnelblick. Sämtliche Informationen aus dem Unternehmen würden dann ausschließlich unter dem Blickwinkel bewertet, wie sie in das zynische Gesamtbild passen und nicht mehr, ob dies im konkreten Fall überhaupt zutreffe. In jedem Quartal werde nach ihrer Ansicht eine andere Sau durchs Dorf getrieben, verfolge die Firmenleitung mit neuen Strategien immer wieder neue Unternehmensziele.

Ein Phänomen also, das fast jeder und darüber hinaus sehr gut kennt. Trotzdem, sagt Jan Schilling, sei dies ein personalpolitisches Tabuthema. „Natürlich kann man auch pfeifend durch den dunklen Wald gehen und solche Entwicklungen im eigenen Unternehmen ignorieren. Eine zielführende Strategie ist das aber nicht." Kaum eine andere Verhaltensweise im Unternehmen ist derart verheerend, denn am Ende steht der berüchtigte Dienst nach Vorschrift. Der damit verbundene tatsächliche finanzielle Schaden ist schwer zu errechnen. Professor Ulrich Krystek, Experte für Controlling und Kostenrechnung an der FH Worms, fand heraus, dass in deutschen Unternehmen jeder vierte Mitarbeiter seine volle Arbeitsleistung verweigere. Um den damit verbundenen Schaden zu berechnen, empfiehlt er, aus den gesamten Lohnkosten einschließlich der Lohnzusatzkosten ein Viertel herauszurechnen. Der vorhandene Schaden, sagt er, stimme mit dieser Summe ziemlich genau überein.

Gefühl von Unsicherheit

Die GSW Immobilien GmbH betreibt konkrete Schadensbegrenzung. Die ehemalige kommunale Berliner Wohnungsbaugesellschaft bewirtschaftet rund 70.000 Wohnungen und beschäftigt 530 Mitarbeiter. Nach dem Eigentümerwechsel startete hier 2006 ein Reorganisationsprojekt, bei dem sämtliche Prozesse neu beschrieben werden. Ziel ist die Kapitalmarktfähigkeit des Unternehmens. Der damit verbundene Kulturwechsel, gepaart mit der Definition neuer Verantwortlichkeiten und dem Aufbau eines modernen Geschäftsmodells sowie der Festlegung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen habe das bereits durch den Eigentümerwechsel bei den Beschäftigten ausgelöste Gefühl von Unsicherheit verstärkt, sagt Beate Vaupel-Möller, bei der GSW für die Organisationsentwicklung verantwortlich. „In ehemals öffentlichen Unternehmen ist das keine Seltenheit." Hier seien schließlich die Organisation und

5 STRATEGIEN GEGEN DAS ENTSTEHEN VON ORGANISATIONALEM ZYNISMUS

1. **Transparenz:** Erläutern Sie prinzipiell grundsätzliche Entscheidungen zur Änderung von Unternehmensstrategien. Verwenden Sie anschauliche Beispiele und gehen Sie ausführlich auf Hintergründe ein. Erklären Sie die Ursachen.
2. **Direktheit:** Gestalten Sie die Information als persönliche Kommunikation mit dem Top-Management sowie den unmittelbaren Führungskräften und nicht als Niederschrift bereits getroffener Entscheidungen.
3. **Partizipation:** Beziehen Sie die Mitarbeiter soweit als möglich in Entscheidungen und Entwicklungen ein, durch die diese unmittelbar betroffen sind. Dies dauert zwar etwas länger, erzeugt aber ein größeres Verständnis für die getroffenen Lösungen und hilft Ihnen bei der geplanten Umsetzung.
4. **Glaubwürdigkeit:** Worten folgen Taten. Zeigen Sie so früh wie möglich auch kurzfristige Erfolge in Veränderungsprozessen auf. Erläutern Sie bei Abweichungen aufgrund veränderter Rahmenbedingungen oder Fehleinschätzungen die sich ebenfalls ändernde Umsetzung offen und ehrlich.
5. **Perspektiven:** Entwickeln Sie individuelle Karriere- und Entwicklungswege für Mitarbeiter und Führungskräfte jenseits des „Kaminaufstiegs" und bieten Sie diese Möglichkeiten frühzeitig an.

Quelle: RWTH Aachen, Lehrstuhl für Betriebs- und Organisationspsychologie

die Unternehmenskultur über lange Zeit sehr stabil gewesen. Ändere sich dies, sei eine große Verunsicherung die unmittelbare Konsequenz.

Für den Aachener Betriebs- und Organisationspsychologen ist dieser Augenblick im Änderungsprozess entscheidend. „Das Phänomen des organisationalen Zynismus ist deshalb besonders gefährlich, weil es ihm gelingt, sich selbst weitgehend zu immunisieren." Genau das mache es so schwer, einmal für das Unternehmen verlorene Mitarbeiter zurück zu gewinnen. Eine rechtzeitige Diagnose sei deshalb ausschlaggebend für ein erfolgreiches Gegensteuern. Sobald die bekannten „wissenden Blicke" der Mitarbeiter untereinander ausgetauscht würden, bestimmte unternehmerische Entscheidungen oder Initiativen ausschließlich humoristisch kommentiert würden und am Ende nur noch beredtes Schweigen herrsche, sei es höchste Zeit zu handeln.

TEAM

Team, das, dt./engl.; Gruppe von Mitarbeitern, die einen Aufgabenbereich bearbeitet; ersetzt in der Geschäftswelt zunehmend den angestaubten Begriff Arbeitsgruppe, weil T. sportlicher, schneller und engagierter klingt. In einem T. ziehen in der Theorie alle an einem Strang. In der Praxis sind alle genervt und heilfroh, wenn sie endlich wieder allein sind, um an ihrer Karriere zu feilen.

Teambildung, dt./engl.; Maßnahme innerhalb eines Teams mit dem Ziel, dass die Mitglieder sich besser kennenlernen und sich die Gruppenleistung steigert; z.B. durch gemeinsames Rafting, gemeinsames Kegeln, gemeinsames Trinken. Wichtig: T. hin oder her – den Chef immer gewinnen lassen...

Teamplayer, der, dt./engl.; Mitarbeiter, der vorbildlich in einem Team arbeitet und es angeblich voranbringt. I.d.R. eine stets gut gelaunte Nervensäge, die möglichst schnell Chef werden will.

Gefunden in Financial Times Deutschland

Verbundenheit und Skepsis

Das Berliner Immobilien-Unternehmen entschied sich deshalb gleich zu Beginn des Reorganisationsprojektes für eine Mitarbeiterbefragung. „Damit wissen wir, was unsere Mitarbeiter wirklich bewegt", sagt Beate Vaupel-Möller. „Erst dann kann man eine zielgerichtete Informations- und Kommunikationsstrategie entwickeln." Mit bewusst kritisch formulierten Fragen und pointiert zugespitzten Aussagen wurden Themen wie die emotionale Verbundenheit zur Firma, Fragen zur Gerechtigkeit von Entscheidungen, Ärger oder Bitterkeit sowie zur Zuverlässigkeit bzw. Widersprüchlichkeit beim Führungsverhalten untersucht. Das Ergebnis hat die Organisationsentwicklerin überrascht: „Einerseits wurde die hohe emotionale Bindung an das Unternehmen sowie das große persönliche Vertrauen der Mitarbeiter gegenüber ihren Vorgesetzten deutlich. Andererseits artikulierten sie unmissverständlich ihr Misstrauen gegenüber der Organisation selbst."

Der Zwiespalt von emotionaler Verbundenheit mit dem Unternehmen einerseits und der Skepsis gegenüber der Fairness und Berechenbarkeit von Entscheidungen andererseits ist nach Beobachtungen von Jan Schilling typisch für das Entstehen des von ihm untersuchten Phänomens. Zwei Faktoren seien es, hebt der Wirtschaftsforscher hervor, die den organisationalen Zynismus beförderten. „Erstens geht es um das Gerechtigkeitserleben des Mitarbeiters", sagt er. „Und zweitens", so Schilling, „spielt das Vertrauen ins Management, in die Unternehmensleitung, eine große Rolle." Kurz gesagt geht es um den Zweifel an der Kompetenz der Führung. Wissen die eigentlich, wohin sie wollen?

Führungskräfte und Vertrauen

Das Ergebnis der GSW-internen Mitarbeiterbefragung und die Forschungsergebnisse aus der RWTH Aachen sind auch nach den Erfahrungen von Professor Walter Bungard nicht die Ausnahme, sondern die Regel in deutschen Unternehmen. „Unsere Studien in den letzten zehn Jahren haben aufgezeigt", so der Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Organisationspsychologie an der Universität Mannheim, „dass das Vertrauen zu den direkten Vorgesetzten zugenommen hat. Das Vertrauen in die Unternehmensleitung ist tendenziell eher gesunken."

„Die wichtigste Aufgabe von Führungskräften ist es, Mitarbeiter zu führen", sagt Beate Vaupel-Möller. Führungskräfte seien es, die mit ihrem konkreten Handeln für Vertrauen in das Unternehmen bürgen würden. Damit dies funktioniere, sei eine exakt geplante und technisch sauber umgesetzte Informations- und Kommunikationsstrategie von geradezu existenzieller Bedeutung. Entscheidend seien Zeitpunkt sowie Art und Umfang der Information. „Bevor wir eine Mitteilung über anstehende Veränderungen ins Intranet stellen", erläutert die Leiterin der GSW-Organisationsentwicklung, „hat jede Führungskraft dies bereits ihren Teammitgliedern persönlich erläutert. So nutzen wir das persönliche Vertrauen und stärken es gleichzeitig." Außerdem besteht nur im persönlichen Kontakt zwischen Führungskraft und Mitarbeiter die Chance für Fragen nach Hintergründen und Zusammenhängen.

Transparenz und Motivation

„Die Führungskräfte, speziell die mittlere Führungsebene, sind die Träger und Gestalter der Veränderung", weiß Beate Vaupel-Möller. „Deshalb machen wir sie vor allem fit, um unser Reorganisationsprojekt zum Erfolg zu führen." Personalentwicklung laute deshalb das Gebot der Stunde. Die Führungskräfte der GSW Immobilien GmbH gehen regelmäßig in Klausur. Permanent wird die innerbetriebliche Transparenz hergestellt. Zusammenhänge werden gefunden, Zweifel ausgeräumt, Motivation aufgebaut, gemeinsam mögliche Lösungen diskutiert.

Schließlich kommt den Führungskräften im Rahmen des Reorgani-

sationsprojektes auch die Aufgabe zu, die Mitarbeiter in ihren neuen Rollen und Verantwortungen zu schulen, die sich aus dem geänderten Geschäftsmodell und der Einführung der prozessorientierten Organisation ergeben. Unternehmensintern wurde dafür ein einheitliches Konzept entwickelt. Auch darauf werden die Führungskräfte vorbereitet. Sie spezifizieren die Details des Prozess-Transfers für ihr Team und nehmen hier vorweg, welche Rolle und damit welche neue Verantwortung ihre Mitarbeiter künftig übernehmen werden.

Das alles aber würde noch nichts Entscheidendes bewegen, stünde die Geschäftsleitung selbst nicht kompromisslos hinter ihren Führungskräften, würde sie nicht jedem einzelnen Mitarbeiter unmissverständlich zu erkennen geben, dass bei der GSW alle an einem Strang ziehen. Personalentwicklung und Kreativität schließen sich ja nicht aus. Seit dem Sommer lädt jedes Mitglied der Geschäftsleitung zweimal pro Woche jeweils fünf Mitarbeiter zum gemeinsamen Mittagessen in ein Restaurant ein. „Wertschätzung für die Mitarbeiter muss gelebt werden", sagt Beate Vaupel-Möller. „Das Signal lautet schlicht, ich habe Zeit für euch und eure Sorgen. Das schafft oder festigt Vertrauen. Gleichzeitig entsteht das Gefühl der Sicherheit. Alle sitzen in einem Boot. Und das aus der Optik der Mitarbeiter sogar im doppelten Sinn, nämlich sowohl mit dem gerade anwesenden Mitglied der Geschäftsleitung als auch mit ihrem jeweiligen Vorgesetzten, der gewissermaßen unsichtbar ebenfalls bei Tisch sitzt."

DIE AUTOREN DER STUDIE

Jan Schilling

Beate Vaupel-Möller

Anzeige

GEMEINSAM
GEGEN TUBERKULOSE!

Nachrichtenmoderator Peter Kloeppel:

„Die DAHW hilft. Helfen auch Sie!"

5.000 TB-Tote. Jeden Tag.
Tuberkulose ist heilbar.
Mit **50 Euro.**

SPENDENKONTO 9696
Sparkasse
Mainfranken Würzburg
BLZ 790 500 00

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI
DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

DAHW
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe e.V.

Alles über das World Wide Web

Teil 1 unserer dreiteiligen Serie:

E-Mail – Der Firmenbriefkasten im Netz

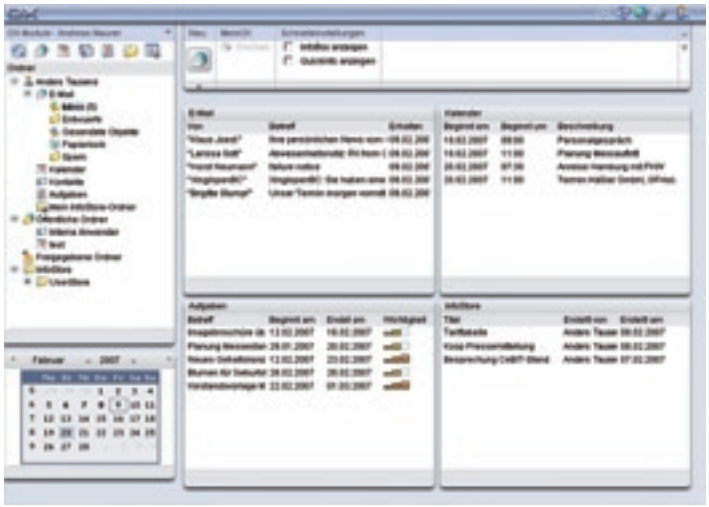
Einer Studie des Marktforschungsunternehmens Eurostat zufolge verfügte Anfang 2008 bereits jeder zweite Haushalt in Deutschland über einen schnellen Internetzugang per DSL oder Kabel. Damit sollte auch für kleine Betriebe klar sein: Am Internet führt kein Weg vorbei. Immer mehr Verbraucher erledigen nicht nur Einkäufe online, sondern informieren sich auch im Netz, wenn sie auf die Suche nach einem Dienstleister vor Ort sind. Mit einer dreiteiligen Serie wollen wir Ihnen den Einstieg ins Internet erleichtern und Ihnen zeigen, wie gerade kleine Unternehmen vom „Netz" profitieren können.

Oft wird das Internet mit dem „World Wide Web" gleichgesetzt, der Sammlung von mittlerweile wohl Milliarden von mehr oder minder bunten und informativen Seiten. Tatsächlich bezeichnet der Begriff Internet die Menge aller direkt und indirekt über gemeinsame Standards – die Familie der so genannten Internet-Protokolle – verbundenen Rechner in aller Welt. Im Internet gibt es eine Fülle von „Diensten", zu denen auch das „WWW" gehört.

Einer der ältesten Internet-Dienste wird dabei oft vergessen, und ist doch bis heute der mit Abstand wichtigste und erfolgreichste: Die elektronische Post, kurz E-Mail. Heute werden alleine in Deutschland jeden Tag Millionen von E-Mail-Nachrichten versendet, die unerwünschten „SPAM"-Briefe nicht mitgerechnet. Für viele private Internet-Nutzer ist die E-Mail heute der beliebteste Weg, sich mit einem Unternehmen in Verbindung zu setzen. Daher sollten auch kleine Firmen, die bisher den Einstieg ins Netz gescheut haben, sich als erstes um ein eigenes elektronisches Postfach bemühen.

Kostenlose E-Mails

Die Vorteile liegen auf der Hand: E-Mails können – anders als ein Telefonat - gelesen und beantwortet werden, wenn es gerade passt, sind aber wesentlich schneller als ein Brief – und kosten kein Porto. In der Regel erreicht eine E-Mail-Nachricht den Empfänger in wenigen Sekunden, und auch Dokumente, wie etwa Fotos oder Angebote in elektronischer Form, können als Dateianhänge mit versendet werden.



Die E-Mail ist mobil geworden. Mit sogenannten Smartphones haben Mitarbeiter immer und überall Online-Zugriff auf ihre Nachrichten, aber auch Terminkalender und Adressbücher.

Für Betriebe, die erstmals eine eigene E-Mail-Adresse einrichten wollen, bieten sich grundsätzlich drei Wege an. Die bequemste Möglichkeit ist oft der eigene Internet-Anbieter. Heute gibt es praktisch bei jedem DSL-Anschluss eine oder gar mehrere E-Mail-Adressen als kostenlose Dreingabe. Diese Adressen kann der Nutzer dann selbst über ein Konfigurationsmenü – Internetverbindung vorausgesetzt – einrichten und sich auch die Adresse auswählen. Meist enden solche E-Mail-Adressen auf „providername.de".

Eigene Internet-Adresse

Die zweite Möglichkeit sind kostenlose E-Mail-Postfächer, die mittlerweile ebenfalls von vielen Firmen angeboten werden. Marktführer in Deutschland sind hier GMX und WEB.DE, aber auch Anbieter wie Google oder Microsoft tummeln sich mittlerweile in diesem Segment.

Die dritte Möglichkeit dürfte für die meisten Betriebe die beste Lösung sein: Ein professionelles E-Mail-Postfach mit eigener Domain, also einer „echten" Internet-Adresse wie „malermeister-mueller.de".

Auch einige DSL-Anbieter bieten solche Domain-Adressen, für Firmen sind hier aber eigenständige Lösungen die bessere Alternative. Warum? Will man einmal den DSL-Provider wechseln, muss auch die Internet-Adresse umziehen. Noch schlimmer: Wenn die Firma eine Adresse nach dem Schema „sanitaer-schmidt@providername.de" nutzt, ginge diese beim Wechsel des DSL-Anbieters verloren.

HOMEPAGE ZU GEWINNEN

1&1

Gewinnen Sie ein von insgesamt 3 Webhosting-Paketen **„Homepage Business von 1&1"**, einschließlich **„Platin Support"** für ein Jahr kostenlos im Wert von über 300 Euro.

Enthalten sind 3 Domains, 2.000 MB Speicherplatz, 5 MySQL-Datenbanken und 500 E-Mail-Postfächer. 1&1 richtet die Pakete in Absprache mit den Gewinnern ein.

Schreiben Sie einfach die richtige Antwort auf die Frage

Was bedeutet „Webhosting"?

an info@mitmagazin.com, bitte spätestens bis zum 15. September 2008.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir drei der obengenannten Software-Pakete. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Viel Spaß!

Verlag und Redaktion

Der richtige E-Mail-Anbieter

Einige Voraussetzungen sollte jeder Anbieter erfüllen, über den Firmen ihre geschäftliche Korrespondenz erledigen. An aller erster Stelle steht hier das Thema Sicherheit. Dazu gehört die „physikalische Sicherheit“ der Rechner, auf denen Mails beim Provider gespeichert werden, also Zugangskontrollen, Überwachungseinrichtungen oder Branderkennung und –bekämpfung. Die „Datensicherheit“ wiederum hat zwei Aspekte: Zum einen darf nur der Inhaber des Postfachs Zugriff auf die Daten haben und diese sehen können. Außerdem sollten Versand und Empfang verschlüsselt und damit unlesbar für Dritte möglich sein.

Für „Internet-Einsteiger“ bleibt es anfangs vielleicht bei einem elektronischen Postfach. Firmen, die alle Möglichkeiten des Netzes ausschöpfen möchten, werden damit aber nicht lange auskommen. Hat jeder Mitarbeiter ein eigenes Postfach, so werden Mails bereits durch die Versender vorsortiert. Für besondere Zwecke bieten sich Sammeladressen oder Postfächer an, auf die mehrere Mitarbeiter zugreifen können: Etwa <info@firmenname.de> für allgemeine Kundenanfragen oder <kundendienst@firmenname.de> für Mitteilungen an die Service-Abteilung.

Mehr als E-Mail: Groupware-Lösungen

Große Konzerne setzen heute in aller Regel keine reinen E-Mail-Lösungen ein. Hier kommen meist Lösungen wie Microsoft Exchange oder Lotus Notes zum Einsatz. „Groupware“ lautet der Oberbegriff für solche Systeme, bei denen das elektronische Postfach durch Adressbücher, Aufgabenlisten und Terminkalender (neudeutsch Personal Information Management oder kurz „PIM“) ergänzt wird -- und vor allem durch die Möglichkeit, alle diese Informationen mit anderen Kollegen und Mitarbeitern zu teilen. So lassen sich etwa persönliche Terminkalender für andere freigeben oder Aufgaben an Mitarbeiter delegieren. Die Server-Computer und Programme, die für solche Anwendungen nötig sind, kosten oft mehrere 10.000 Euro und waren so bis vor wenigen Jahren kaum für kleinere Unternehmen erschwinglich.

Seit einigen Jahren gibt es Groupware-Angebote als „gehostete“, also im Rechenzentrum eines Internet-Providers gespeicherte Lösungen. So gibt es etwa bei einigen Anbietern Varianten des Marktführers Microsoft als „Hosted Exchange“ im Angebot. Ähnlich wie bei „reinen“ Postfächern wird hier ein monatlicher Mietpreis fällig. Um die Wartung des Servers, Backups oder die Installation neuer Software muss sich der Anwender nicht mehr kümmern. Und der Zugriff erfolgt wahlweise wie gewohnt über Standard-Programme wie Microsoft Outlook, oder aber mit einem Internet-Browser über komfortable Web-Seiten, die genau wie Outlook aussehen – das so genannte Outlook Web Access.

Der Provider 1&1 hat seit einem Jahr eine Alternative zur ebenfalls erhältlichen Microsoft-Lösung im Angebot, das Programm „MailXchange“. Auch hier sind E-Mail, Aufgaben, Termine und Adressebücher enthalten, zusätzlich gibt es noch ein Dokumenten-Verwaltungs-System, um etwa gemeinsam an Angeboten, Texten oder anderen Dateien zu arbeiten.

On the Road again – E-Mail mobil

Wer sich an die elektronische Post im Büro gewöhnt hat, will (oder kann) vielleicht irgendwann auch unterwegs nicht mehr darauf verzichten. Mit modernen Handys ist dies kein Problem mehr. Nahezu alle Mobiltelefone bieten heute die Möglichkeit, eine Verbindung ins Internet aufzubauen und auch E-Mails mobil aufzurufen. Meist sind dazu eigene Mail-Programme auf dem Telefon installiert. Zum schnellen Lesen von neuen Mails funktioniert das einwandfrei, das Schreiben von längeren Texten ist auf der Handy-Tastatur dann aber oft eher eine Qual.

Abhilfe bieten hier so genannte „Smartphones“. Diese „schlauen Telefone“ sind eigentlich eher kleine Computer mit Telefoniefunktion. Der prominenteste Vertreter in jüngster Zeit ist sicher Apples iPhone.

SPAM-Nachrichten sind eine unangenehme Nebenerscheinung im E-Mail-Datenverkehr: Unerwünschte Werbung, meist schlüpfriger Art, die aber gute Programme herausfiltern.

LEXIKON

Domain:
Eine Domain ist eine Internetadresse, die sich aus mehreren Ebenen zusammensetzt. Am Ende stehen immer die „Top-Level-Domains“ wie .com oder .de.

E-Mail-Konto:
Ein E-Mail-Konto ist das eigentliche Postfach, auf das mit dem Benutzernamen, der „Kontonummer“ und dem Passwort, quasi der „PIN“ zugegriffen wird. Ein E-Mail-Konto kann auch über mehrere Adressen Nachrichten empfangen.
E-Mail-Adresse:
E-Mail-Adressen haben immer das Format Benutzer@Domainname. E-Mail-Adressen können einem Postfach zugeordnet sein oder auch per E-Mail-Weiterleitung an mehrere Konten verteilt werden.

POP3:
Das Post Office Protocol in der Version 3 ist einer der verbreitetsten Standards zum Abrufen von E-Mails von einem Server. Nach dem Abruf können die Nachrichten ohne eine bestehende Verbindung auf dem PC gelesen und weiter verarbeitet werden.

IMAP:
Das Internet Message Access Protocol Dient ähnlich wie POP3 zum Abrufen von E-Mails. Hier verbleiben die Mails und die komplette Ordner-Struktur jedoch auf dem Server, so dass die Daten von jedem PC mit Internetzugang gleich aussehen.

Smartphone:
Mobiltelefon, das auch umfangreiche Möglichkeiten zur Verwaltung von persönlichen Informationen wie E-Mails, Terminen und Adressen enthält. Verfügt oft über einen Touchscreen oder eine vollwertige Tastatur.

SPAM:
Unerwünschte E-Mail-Nachrichten, meist massenhaft versandte Werbung. Provider bieten in der Regel so genannte SPAM-Filter an, die unerwünschte Nachrichten durch komplexe Verfahren auszufiltern versuchen.

Webhosting:
Verwalten von Web-Seiten im Provider-Rechenzentrum, oft verbunden mit dem Bereitstellen von E-Mail-Postfächern.

Konsumverzicht für die Altersvorsorge

Deutschlands bester Verkäufer, Prof. Reinfried Pohl und **Deutschlands bester Autofahrer**, Michael Schumacher.

„Deutschlands bester Verkäufer...und was Sie von ihm lernen können." So titelte das Manager Magazin im August 2008. Und auf der ersten Seite war der Gründer und Vorstandsvorsitzende der Deutschen Vermögensberatung abgebildet: Professor Dr. Reinfried Pohl.

„Vertriebspower ist vor allem eine Frage der Unternehmenskultur", bemerkt der Chefredakteur dazu und ergänzt: „Aus dem Nichts hat Reinfried Pohl in 30 Jahren eine Verkaufsmaschine gebaut, die ihresgleichen sucht. Seine Deutsche Vermögensberatung ist mit einem Umsatz von gut einer Milliarde Euro und mehr als vier Millionen Kunden heute die unangefochtene Nr. 1 unter den Finanzvertrieben – weltweit."

Im Zentrum steht die Frage: Wie schafft es Professor Pohl, seine 34.000 Vermögensberater tagtäglich zu Höchstleistungen im Verkauf anzuspornen?

Riester-Rente als Renner

Ausgangspunkt ist, dass Pohl bereits vor 40 Jahren die private Altersvorsorge als den Zukunftsmarkt entdeckt hat. Auf der Basis seiner Allfinanzkonzeption hat er ein geniales Geschäftsmodell unternehmerisch umgesetzt, das heute als Vorbild für die Branche gilt.
Während Norbert Blüm, der bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung war, noch behauptete: „Die Rente ist sicher", führte sein Nachfolger mit der nach ihm benannten „Riester-Rente" einige Jahre später bereits die staatlich geförderte private Rentenversicherung ein. Mittlerweile ist diese Riester-Rente das wohl attraktivste Altersvorsorgeprodukt für die meisten Bürgerinnen und Bürger.

Bei so viel Engagement für die private Altersvorsorge und dem Ruf nach „mehr privat statt Staat" stellten sich aber doch folgende Fragen: Wer bringt dies den über 82 Millionen Menschen in Deutschland tatsächlich nahe? Wer kann sich mit der finanziellen Lage eines jeden Bürgers intensiv beschäftigen und Rat erteilen, auf welchem Wege am besten ein gezielter Vermögensaufbau und eine Vermögensabsicherung erreicht werden können? Und wer sorgt letztlich für die Umsetzung in der Praxis?

Sicherheit der Altersvorsorge

Welche Einrichtung sorgt für die Sicherheit der Altersvorsorge? Wer kann Rat den Menschen Rat erteilen, bei welcher Altersvorsorgeform welcher Kunde am besten aufgehoben ist und wann gegebenenfalls ein Wechsel lohnt? Und wer hat die hierfür passenden Produkte parat?

Der Staat hält dafür offenbar keine Kapazitäten bereit. Er überlässt dies privaten Institutionen wie z.B. Banken, Versicherungen und Vermögensberatern. Soweit so gut. Allerdings reicht es nicht, einen Finanzplatz flächendeckend mit gut funktionierenden Kapitalsammelstellen auszustatten, die mit einem attraktiven Geschäftsstellendesign und klangvollen Markennamen um Spargelder werben. Die Menschen müssen auch wissen, bei welcher Kapitalsammelstelle sie was einzahlen müssen, damit ihre finanziellen Lebensträume in Erfüllung gehen können.

In der Praxis führen Vermögensberater einen wichtigen gesellschaftspolitischen Auftrag aus, wenn sie breite Kreise der Bevölkerung auf die fatalen Folgen der demographischen Entwicklung aufmerksam machen, wenn sie beraten, wie man Vermögen planen, sichern und mehren kann, und wenn sie darüber informieren, mit welchen Fördermaßnahmen der Staat die private Altersvorsorge unterstützt. Am Ende sollte dann jedoch nicht nur die Information, sondern auch die konkrete Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen stehen.

Und ob man am Ende mit Zitronen gehandelt hat, weiß man im Vorhinein nicht. Aber mit einer guten Beratung und Problemlösungen von erstklassigen Produktgebern steigt die Chance, dass auf mitunter jahrzehntelanges Säen von Sparbeiträgen auch eine reiche Ernte folgt. Der Vertrieb von Finanzdienstleistungen besteht eben darin, Menschen zu kurzfristigem Konsumverzicht zu bewegen und zur langfristigen Vermögensbildung zu gewinnen. Dieses Geschäftsmodell klingt auf den ersten Blick banal, erfordert jedoch besondere Anreizsysteme, damit es funktioniert.

Dr. Ralf-Joachim Götz

Bankgespräche – professionell und erfolgreich

Gehen Sie nie unvorbereitet in ein Bankgespräch! Es macht keinen guten Eindruck und ist schlecht für Ihre Bonitätseinstufung, wenn Sie wesentliche Informationen – insbesondere zeitnahes Zahlenmaterial – über Ihr Unternehmen nicht zur Verfügung stellen können.

Vielen Selbstständigen ist ein Bankgespräch so unangenehm wie ein Zahnarztbesuch. Warum ist das so? Woher stammt dieses unwohle Gefühl in der Magengegend, wenn ein Banktermin ansteht? Sicherlich hat es damit zu tun, dass Finanzierungsgespräche komplizierter geworden sind und sich die Entscheidungsprozesse in Banken in den letzten Jahren erheblich verändert haben. Selbst gestandene Firmenchefs, die in ihren Unternehmen täglich ihre Unternehmerqualitäten unter Beweis stellen, gehen oftmals nicht ausreichend vorbereitet in ein Bankgespräch. Bei Kunden, die eine mittlere oder schlechte Bonität haben, kommt zusätzlich sogar teilweise noch das Gefühl auf, als Bittsteller dazustehen.

Wenn bei Unternehmern die Zusammenarbeit und die Kommunikation mit der Bank zu kurz kommt, kann dies katastrophale Folgen haben. Sollte der Finanzierungspartner das Vertrauen in den Unternehmer und/oder das Unternehmen verlieren, werden Kreditverhandlungen in der Zukunft nur sehr mühselig ablaufen oder scheitern und der Unternehmer hat nicht den Rücken für das eigentliche (operative) Geschäft frei. Dies muss so nicht sein, wenn Unternehmer eine professionelle und qualitativ gute Informationspolitik betreiben.

Um erfolgreich Bankverhandlungen zu führen, sollten vier wesentliche Fragestellungen beachtet werden:

Wie funktioniert eine Bank?

Viele Unternehmer wissen nicht, dass eine Entscheidung über eine Kredit- oder Darlehensfinanzierung heute nicht mehr allein von ihrem Bankberater oder dessen Vorgesetzten/Vorstand getroffen wird. Es gilt in der Regel das sogenannte „2 Voten-System“. Das bedeutet, wenn Sie Ihren Bankberater im persönlichen Gespräch überzeugt haben, dass die Bewilligung eines Kredites an Sie vertretbar ist, kann Ihnen der Berater den Kredit nicht – wie vor Jahren teilweise noch

SO BESCHÄFTIGEN SIE FAMILIENANGEHÖRIGE RECHTSSICHER

Um Arbeitsverträge mit Familienangehörigen „steuerfest“ zu machen, empfiehlt der Personalverlag die Beachtung folgender Regeln:

- Schließen Sie mit Ihren Familienangehörigen ernsthafte und eindeutige Arbeitsverträge. Das Arbeitsverhältnis darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern der Verwandte muss auch wirklich arbeiten.
- Halten Sie die Vergütung und die weiteren freiwilligen Arbeitgeberleistungen im üblichen Rahmen.
- Vermeiden Sie den Verdacht eines nur zum Schein geschlossenen Vertrags und zahlen Sie das Gehalt auch wirklich aus.
- Leisten Sie Gehaltszahlungen nur auf ein Konto, dessen alleiniger Kontoinhaber der Familienangehörige ist.
- **Tipp:** Vermeiden Sie es unbedingt, mit Familienangehörigen überhöhte Gehälter zu vereinbaren. Ansonsten betrachtet das Finanzamt den überhöhten Teil nicht als Betriebsausgabe, sondern als Privatentnahme.

  Und noch schlimmer: Auf den überhöhten Gehaltsanteil entrichtete Sozialversicherungsabgaben können Sie nicht zurückverlangen.

Steuersparmodell Ehefrau

Haben Sie alle oben genannten Regeln beachtet, müssen Sie keine Betriebsprüfung fürchten. Im Gegenteil: Jetzt können Sie Ihren Familienangehörigen wie jedem anderen Mitarbeiter Leistungen zukommen lassen und dadurch Steuern sparen.

Solche Leistungen sind zum Beispiel:

- Steuervorteile bei der betrieblichen Altersvorsorge
- Steuerfreie Kindergartenzuschüsse
- Steuerfreie Sachzuwendungen bis 40 Euro bei besonderen Anlässen (Blumen oder Geschenk zum Geburtstag)
- Steuerfreie Erholungsbeihilfen
- 1-Prozent-Regelung bei der Überlassung eines Firmenfahrzeugs

unique relations

möglich – im Gespräch direkt zusagen. Er hat quasi nur eine Stimme und benötigt ein zweites positives Votum einer internen Abteilung, der Marktfolge- oder Analyseabteilung. Diese Abteilung kennt den Unternehmer in der Regel nicht persönlich, sondern entscheidet alleine aufgrund von vorgelegten Konzeptunterlagen, Bilanzen, internen Sicherheiten- bzw. Risikobewertungen sowie sonstigen Unterlagen, die der Bankberater vom Kunden einholt und dem Analysten einreicht. Es ist also wichtig, dem Bankberater durchdachte, „runde" Konzepte und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, damit er in der Lage ist, seine Kollegen innerhalb der Bank zu einem positiven Votum zu bewegen. Dabei sollten Sie Ihren Berater vom Grundverständnis nicht als „Gegner" sondern als „Partner" ansehen, da er Ihre Interessen innerhalb der Bank vertritt.

Welche Unterlagen braucht man?

Banken leben von Zahlen und ohne zeitnahe und aussagefähige Unternehmenszahlen werden heute in der Regel keine größeren Kreditentscheidungen mehr getroffen. Die Anforderungen an die einzureichenden Unterlagen sind unterschiedlich und hängen von der Größe einer Kreditanfrage, den Sicherheiten und der Bonität des Kunden ab. Die Anforderungen werden immer höher, je höher das Risiko der Bank steigt.

Bei Kunden mit großer Bonität und solchen, deren Kredite durch werthaltige Sicherheiten vollständig abgesichert sind, werden die Auflagen vergleichsweise noch gering ausfallen. Je schlechter die Bonität wird und/oder je größer der ungesicherte Kreditanteil der Bank ist, desto höher steigen die Anforderungen und Auflagen. Bei Existenzgründern schätzt die Bank das Risiko grundsätzlich am höchsten ein. Deshalb sind hier ausführliche und professionell erstellte Businesspläne erforderlich, um überhaupt eine Chance auf die gewünschten Kredite zu haben. Zu den von der Bank für die Entscheidung über eine Kreditanfrage benötigten Unterlagen gehören u. a.: Jahresabschlussunterlagen (Bilanzen, Gewinnermittlungen), Einkommensteuerklärungen /-bescheide von Gesellschaftern, Vermögensaufstellungen von Gesellschaftern, Betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA), Planzahlen (Ertrags- und Liquiditätsplanungen).

Welche Unterlagen im Einzelfall benötigt bzw. seitens der Bank gewünscht werden, sollte ebenso wie der Zeitpunkt, wann diese Unterlagen vorliegen sollen, konkret in einem Grundsatzgespräch mit der Bank besprochen werden.

Wie schätzt die Bank ein Unternehmen ein?

Grundsätzlich bewertet eine Bank im Rahmen einer Bonitätsbeurteilung (Rating) eines Unternehmens drei Positionen. Die Vermögenslage (Eigenkapital), die Ertragslage (Betriebsergebnis) und die Liquiditätslage.
Wenn Sie der Bank Unterlagen zukommen lassen, fügen Sie ihr insbesondere bei auffälligen Veränderungen der Zahlen ein Anschreiben bei, in dem Sie diese Positionen erläutern und zusätzlich z. B. über die aktuelle Auftragslage berichten und somit einen Ausblick auf die Zukunft bieten.

Sofern also entweder ein geringes Eigenkapital (oder sogar ein Unterkapital), eine dürftige Ertragslage oder Probleme mit der Liquidität vorhanden sind, sollte zu der unbefriedigenden Position Stellung bezogen werden. Bei einer absehbaren wesentlichen Veränderung der künftigen Situation gegenüber den (Vergangenheits-) Zahlen, z. B. durch eine höhere Auftragslage, muss dies ebenfalls erläutert und ggf. durch Planzahlen unterlegt werden.
Bei einer kritischen Unternehmenssituation und -entwicklung reicht ein einfaches Anschreiben nicht aus. In diesem Fall sollten Sie von sich aus einen Termin mit Ihrem Kundenberater vereinbaren, um zur aktuellen Situation, aber auch zu Ihren Plänen und Maßnahmen für die Zukunft etwas auszuführen.

Wenn Sie sich in einer solchen Situation nicht sicher fühlen, sollten Sie vor dem Bankgespräch ein Gespräch mit Ihrem Steuer- oder Finanzberater vereinbaren, um die Situation zu besprechen, den Banktermin fundiert vorzubereiten und diesen dann gemeinsam wahrzunehmen. Diese Vorgehensweise bietet auch einen Lerneffekt im Umgang mit der Bank.

Welche Sicherheiten habe ich anzubieten?

Die Absicherung von Krediten kann bei Investitionen grundsätzlich durch die Objekte erfolgen. Problematischer wird es im Betriebsmittelbereich. Sie sollten sich im Vorfeld eines Bankgesprächs Gedanken machen, welche Sicherheiten Sie für Ihren Kreditantrag stellen können. Vielleicht haben Sie in der Vergangenheit ja auch bereits entsprechende Tilgungen geleistet und vorhandene Sicherheiten können erneut wiederverwandt werden.

Fragen Sie Ihren Bankberater aber auf jeden Fall, wie die Bank die Sicherheiten bewertet. Hier ergeben sich erhebliche Unterschiede. Bewertet eine Bank ihre Sicherheiten nur sehr niedrig, ist der ungesicherte (Blanko-) Anteil Ihres Kreditengagements entsprechend hoch und ihr finanzieller Rahmen wird dadurch eingeschränkt.

Der Verfasser des Artikels ist Inhaber der Unternehmensberatung Georg Gerdes, die auf die Beratung mittelständischer Unternehmen bezüglich deren Finanzierungsnotwendigkeiten spezialisiert ist.

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt und Notar,
stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen dabei ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnissse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, Klarheit in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten.

***Aber Achtung:** Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

So möchte unsere Leserin G. Meyer aus Aachen wissen, ob ein Arbeitsverhältnis mit einer Arbeitnehmerin nach Beendigung der Ausbildung befristet werden kann. Grundsätzlich ist dieses schon möglich. Man muss nur auf die Begründung für die Befristung achten. Nach § 14 Abs. 1 S. 2 TzBfG ist lediglich die Befristung des ersten Arbeitsverhältnisses nach einer Ausbildung oder einem Studium möglich. Will man mit mehreren Befristungen arbeiten, so muss mit § 14 Abs. 2 TzBfG gearbeitet werden. Dann ist eine sachgrundlose Befristung bis insgesamt maximal zwei Jahre möglich.

Das Bundesarbeitsgericht hat in einem Urteil vom 10.10.2007 klargestellt, dass der Arbeitgeber bei der Befristung ganz genau die Vorschrift, auf die er sich bei der Befristung beruft, zitieren muss. In dem zu entscheidenden Fall war ein Arbeitsvertrag direkt nach Abschluss der Ausbildung geschlossen und befristet worden. Die Befristung wurde zweimal verlängert und immer wurde Bezug genommen auf § 14 Abs. 1 S. 2 TzBfG. Der Arbeitnehmer hat Entfristungsklage erhoben und das höchste deutsche Arbeitsgericht gab ihm Recht.

In dem zweiten Teil unserer Rubrik wollen wir diesmal auf das grundlegend überarbeitete Muster für Widerrufsbelehrungen hinweisen. Steht einem Verbraucher bei einem Vertrag mit einem Unternehmer ein Widerrufsrecht zu, so ist er hierüber von dem Unternehmer zu belehren. Unterbleibt dies, so steht dem Verbraucher ein zeitlich unbefristetes Widerrufsrecht zu, was für den Unternehmer ein erhebliches geschäftliches Risiko bedeutet. Belehrt der Unternehmer fehlerhaft, so wird dies regelmäßig als wettbewerbswidriges Verhalten angesehen, was zu teuren Abmahnungen durch die Konkurrenz führen kann.

Das Bundesjustizministerium hatte daher im Jahre 2002 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein Muster zu veröffentlichen. Der Unternehmer sollte den an ihn gestellten Anforderungen in diesem Rechtsbereich gerecht werden, wenn er dieses Muster einer Widerrufsbelehrung benutzt.

Das Muster wurde aber stark kritisiert, da die Übereinstimmung mit gesetzlichen Vorgaben in Frage gestellt wurde. Das Bundesjustizministerium hat daher nun mit der Dritten Verordnung zur Änderung der BGB-Informationspflichten-Verordnung das Belehrungsmuster in neuer Fassung veröffentlicht (BGBl. I, 292).

Dieses Muster soll die meisten Kritikpunkte ausräumen, erscheint aber in der praktischen Handhabung nach wie vor nicht einfach. Man muss bedenken, dass eine Vielzahl von Verträgen eine Widerrufsbelehrung benötigt. In den unterschiedlichen Rechtsgebieten werden unterschiedliche Anforderungen gestellt, so dass die richtige Umsetzung der Gestaltungshinweise zum Belehrungsmuster nach wie vor Expertensache ist. Ein Beratungsgespräch mit dem Firmenanwalt wird aber schnell Klarheit schaffen.

Schreiben Sie uns: E-Mail: rechtsfragen@mitmagazin.com

„Ich kann mich nicht für die Welt interessieren und die Augen vor ihren Problemen verschließen."

Maybrit Illner, Moderatorin

Schauen Sie hin! www.misereor50.de

Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen

50 MISEREOR IHR HILFSWERK

AKTUELLE URTEILE

GbR darf nicht in das Grundbuch eingetragen werden

(OLG Schleswig; Beschluss vom 29.10.2007; 2 W 212/07)

Das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht hält eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) nach wie vor nicht für fähig, als solche im Grundbuch eingetragen zu werden. Die vom BGH bereits im Jahre 2001 festgestellte Fähigkeit, Trägerin von Rechten und Pflichten zu sein, reicht demnach für eine GbR nicht aus, auch die Eintragungsfähigkeit in das Grundbuch zu erhalten. Das Oberlandesgericht Schleswig vertritt die Auffassung, dass nur der Gesetzgeber den Widerspruch lösen kann, weshalb eine GbR zwar als Trägerin von Rechten und Pflichten anerkannt wird, jedoch nicht Grundstückseigentümerin sein darf.

Praxis-Tipp: Es sollte nach wie vor beim Grundbuchamt beantragt werden, die Eigentümer-Eintragung so vorzunehmen, dass alle Gesellschafter mit dem Zusatz „als GbR“ eingetragen werden.

GbR darf doch in das Grundbuch eingetragen werden

(OLG Celle; Beschluss vom 26.02.2008; 4 W 213/07)

Nachdem der Rechtspfleger und das Landgericht die Eintragung einer Wohnungseigentümergemeinschaft als Eigentümer eines Grundstücks im Grundbuch abgelehnt haben, hat das Oberlandesgericht Celle dieses anders gesehen. Während die Vorinstanzen ihre ablehnende Haltung mit der mangelnden Grundbuchfähigkeit der Gemeinschaft, einer GbR, begründeten, hält das OLG eine Wohnungseigentümergemeinschaft für grundbuch- und rechtsfähig. Der Unterschied zur „normalen“ GbR wird darin gesehen, dass sich die Mitglieder einer Wohnungseigentümergemeinschaft anhand eines öffentlichen Registers, nämlich des Grundbuchs, feststellen lassen. Die ist der Grund für die unterschiedliche Behandlung bei der Frage, welche Gesellschaft bürgerlichen Rechts grundbuchfähig ist und welche nicht.

Erwerber darf vorzeitig modernisieren

(BGH; Urteil vom 13.02.2008; VIII ZR 105/07)

Der Erwerber eines Miethauses darf nach einem Urteil des BGH bereits vor der Eigentumsumschreibung mit Modernisierungsarbeiten auch gegen den Willen der Mieter beginnen. Er benötigt hierzu lediglich die Ermächtigung durch den Verkäufer der Immobilie. Diese kann in dem notariellen Kaufvertrag erklärt werden. Schließlich muss ein Vermieter sein Recht, Modernisierungen vorzunehmen, nicht höchstpersönlich wahrnehmen, so der Bundesgerichtshof. Für die Ausführung der Modernisierungsarbeiten gelten dann für den Erwerber die gleichen Bedingungen wie für den „Noch-Eigentümer“.

Vorsicht Falle: Pauschalpreis

(OLG Brandenburg; Urteil vom 21.02.2008; 12 U 104/07)

Gerade bei Handwerkerleistungen werden oft Pauschalpreise als Werklohn vereinbart. Gehen die Arbeiten dann über das erwartete Ausmaß hinaus, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen dieser Umstand auf den Preis hat. Das OLG Brandenburg hatte nun einen Fall zu entscheiden, bei dem Sandstrahlarbeiten zu einem Pauschalpreis vergeben waren. In dem zugrunde liegenden Vertragsangebot war von einer zu bearbeitenden Fläche von 3.000 qm die Rede, während später tatsächlich 5.280 qm bearbeitet wurden. Da das zu bearbeitende Objekt den Vertragspartnern bekannt war, muss nach der Rechtsauffassung des OLG der Auftragnehmer beweisen, dass eine höhere Vergütung durch den Auftraggeber geschuldet ist, also für diesen Fall vereinbart war. Das wird ihm kaum gelingen.

Praxis-Tipp: Wer als Handwerker einen Pauschalpreis anbietet, sollte sehr genau kalkulieren. Maßangaben des Auftraggebers sollten geprüft, besser noch ein eigenes Aufmaß genommen werden. Ist das nicht möglich, dürfen Regelungen in dem Vertrag nicht fehlen, die ein höheres Honorar bei Maßabweichungen sichern. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass für gute Arbeit kein Geld verlangt werden kann.

Rauchen gefährdet nicht nur die Gesundheit

(BGH; Urteil vom 05.03.2008; VIII ZR 37/07)

Der Bundesgerichtshof hat in einer mietrechtlichen Entscheidung festgestellt, dass das Rauchen in einer Wohnung natürlich dem Mieter erlaubt ist, aber exzessives Rauchen über den vertragsgemäßen Gebrauch einer Mietwohnung hinausgehen kann. Tritt durch das Rauchen eine Verschlechterung der Wohnung ein, die nicht durch normale Schönheitsreparaturen wie Streichen oder Tapezieren behoben werden kann, sondern weitere Instandsetzungsarbeiten erforderlich macht, so ist der Mieter dem Vermieter zum Schadensersatz verpflichtet. Dies ist in all den Fällen wichtig für den Vermieter, in denen die Pflicht zu Schönheitsreparaturen nicht wirksam auf den Mieter abgewälzt worden ist.

„Good will“ und Zugewinnausgleich

(BGH; Urteil vom 06.02.2008; XII ZR 45/06)

Im Rahmen eines Ehescheidungsverfahrens findet der Zugewinnausgleich statt. Ist einer der Ehepartner Freiberufler, stellt die Bewertung der freiberuflichen Praxis oftmals ein Problem dar. Der Bundesgerichtshof hat nun klargestellt, dass von dem Ausgangswert ein nach den individuellen Verhältnissen konkret gerechtfertigter Unternehmerlohn in Abzug zu bringen ist.

Der Ausgangswert wird anhand von Richtlinien zur Praxenwertermittlung festgelegt. Davon ist dann der Unternehmerlohn abzuziehen, um den Good will zu ermitteln. Eine Pauschalisierung lehnt der BGH ab. Vielmehr ist ein Wert zu errechnen, der auf der Arbeit, den persönlichen Fähigkeiten und Leistungen des Unternehmers beruht. Dieser individuell ermittelte Unternehmerlohn ist zugleich für den Unterhalt heranzuziehen, was wiederum dazu beitragen soll, eine doppelte Belastung des Freiberuflers zu vermeiden.

BÜCHER

Internet-Recht
Stefan Ricke
Kartoniert, 260 Seiten, 12,90 Euro
Schlütersche Verlags GmbH
ISBN 978-3-89994-910-0

Das Internet ist durch eine verwirrende Vielzahl von Regeln und Vorschriften weiter reglementiert worden. Dieser Ratgeber schlägt Wege durch das Paragrafen- und Entscheidungsdickicht. Er ist ein unentbehrliches Handbuch für alle, die mit dem Internet arbeiten. In leicht verständlicher Darstellung finden Verbraucher, Gewerbetreibende und Freiberufler unverzichtbare Tipps für Internet-Nutzung und Präsenz.

OECKL auf CD
149,90 Euro
Festland Verlag, Bonn
ISBN 978-3-87224-087-3

Völlig neu gestaltet präsentiert sich die CD-Rom-Version des Oeckl Deutschland. Sie ist browserbasiert aufgebaut und daher problemlos in der Handhabung. Komfortable Suchfunktionen, Notizverwaltung, Weblinks sowie die Möglichkeit zu Druck und Export erweitern die Anwendungsmöglichkeiten des Oeckl. Einsetzbar ab Windows 98, mind. 750 Mhz Prozessor, ca. 600 MB freier Festplattenspeicher, mind. 128 MB RAM, Internetanschluß.

Das bunte Ei
Ralf R. Strupat
Gebunden, 256 Seiten, 24,00 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05265-5

Es genügt nicht mehr, Kunden lediglich zufriedenzustellen, denn nur zufriedene Kunden sind abwanderungswilliger denn je. Wer Kunden langfristig binden will, muss immer wieder aufs Neue überraschen, verblüffen, begeistern. Einzigartigkeit ist gefragt! Nur Unternehmen, die es schaffen, ihre Kunden zu begeistern, verbessern ihre Marktposition, ist das Credo des Autors. Unterhaltsam und praxisnah zeigt er anhand vieler Beispiele aus Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistung, wie Unternehmen zu bunten Eiern werden: einzigartig und unverwechselbar.

Mrs. Fox will wieder heim
Sabrina Fox
Taschenbuch, 333 Seiten, 8,95 Euro
Knaur Verlag
ISBN 978-3-426-78014-5

Einmal Los Angeles und zurück: Sabrina Fox lädt ein zu einem Blick hinter die Kulissen der vorhanglosen Traumvillen. Mit einem Augenzwinkern erzählt sie vom Alltag in Beverly Hills, von den typisch deutschen und amerikanischen Eigenheiten und zu welch skurrilen Situationen diese mitunter führen können. Sie berichtet aber auch, wie die Distanz zur Heimat ihre Sicht auf Deutschland veränderte, und wie der Aufenthalt in einem fremden Land sie wichtige Lektionen fürs Leben lehrte.

Der Verlag hat uns 5 Exemplare für unsere Leser zur Verfügung gestellt. Wenn Sie eines davon gewinnen möchten, senden Sie uns bitte ein E-Mail (info@mitmagazin.com) mit dem Stichwort „Mrs. Fox" und Ihrer Postadresse – möglichst bis zum 15. September 2008. Unter den Einsendern verlosen wir dann die 5 Freiexemplare.

Grenzenlose Selbstbestimmung?
Dietmar Mieth
Gebunden, 160 Seiten, 18,00 Euro
ISBN 978-3-491-71317-8

Die politische Diskussion um die gesetzliche Regelung der Patientenverfügung ist voll im Gange, die Entscheidung des Deutschen Bundestages steht an. Das Buch des renommierten Ethikers Dietmar Mieth thematisiert Grundfragen wie etwa die Grenzen der Selbstbestimmung, die Reichweite der Patientenverfügung und ihre Abgrenzung zur Sterbehilfe. Der Autor fragt auch, welche Rolle die Menschenwürde heute in der Moralbegründung spielt und reflektiert die christliche Sichtweise des Grundrechts auf Leben bzw. das Tötungsverbot.

Zielwirksam führen
Hellwig Heinzel
107 Seiten, 28.00 Euro,
Expert Verlag
ISBN 978-3-8169-2045-8

Das Führungsverhalten setzt sich aus vielen Mosaiksteinen zusammen, die in diesem Buch beschrieben sind: Von A wie Anerkennung bis Z wie Zwickmühle. Die Transaktionsanalyse ist dabei der Kompass. Er zeigt uns den Weg zu zielwirksamer Führung.

Mutig in die zweite Halbzeit!
Stöger/ Vogel
Gebunden, 160 Seiten, 19,90 Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05278-5

Die Aussicht zu altern, erfüllt kaum jemanden mit Begeisterung. Es sind Schreckensworte wie Altersarmut, Pflegeversicherung und Demenz, weshalb viele jenseits der Lebensmitte ihren Geburtstag überhaupt nicht mehr oder nur mit zusammengebissenen Zähnen feiern. Diese Einstellung ist eigentlich unangebracht, denn ab 50 geht es nicht rasant bergab, sondern es liegt noch eine ganze Lebenshälfte vor einem. Die entscheidende Frage ist, was man mit ihr anfängt. Ein Mutmacher für alle, die auch jenseits der 50 nicht däumchendrehend ihre zweite Lebenshälfte absitzen möchten.

Wenn bei kleinen Unternehmen das Wohl der Firma vom Chef oder der Chefin abhängt, ist eine Krankentagegeldversicherung dringend geboten.

Das persönliche Risiko nicht unterschätzen

Alle Jahre wieder ist im September eine Überprüfung der abgeschlossenen Firmenversicherungen angesagt. Denn als Kündigungstermin wird in aller Regel der 30. September vereinbart. Über Rabatte lassen die Assekuranz-Unternehmen mit sich reden, wenn zwischenzeitlich entsprechende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr vorgenommen wurden.

Beispiel Feuerversicherung:

Der Einbau eines Brandmelders, der im Ernstfall selbstständig Alarm bei der Feuerwehr auslöst, kann die Jahresprämie um 15 Prozent mindern. Der Einbau einer Sprinkleranlage bringt sogar doppelt soviel Rabatt.

Beispiel Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung:

Es gibt verschiedene Berechnungsmethoden für die zu zahlende Prämie – entweder nach der Umsatzgröße gestaffelt oder nach der Lohn- und Gehaltssumme oder nach der Zahl der Beschäftigten. Entsprechend der aktuell günstigsten Variante ist die Police abzuändern.

Beispiel Elektronikversicherung:

Wer in seinem Betrieb die Daten nicht ausreichend gegen Schäden oder Diebstahl geschützt hat, zahlt eine höhere Prämie. Sicherungsmaßnahmen wie die tägliche Auslagerung bringen bis zu zehn Prozent Nachlass.

Gerade Jungunternehmer, die beim Aufbau ihrer Firma besonders korrekt vorgehen und auch bei dem Versicherungsschutz keine Fehler machen wollen, vernachlässigen leicht ihre individuelle Absicherung. „Die persönliche Vorsorge stellt viele Unternehmer vor große Probleme", hat André Salau von der Verbraucherberatungsstelle für Versicherungen in Hamburg festgestellt. Denn: Bei nahezu 500 Anbietern in Deutschland mit ungezählten Tarifkombinationen verlieren selbst die Experten manchmal den Überblick. Dennoch – unverzichtbar sind:

Beispiel Krankenversicherung:

Da Selbstständige nicht der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht unterliegen, können sie zwischen privaten und gesetzlichen Kassen wählen. Ein 35-Jähriger kann bei der Central Krankenversicherung schon einen Optionstarif für 127 Euro pro Monat bekommen. Das ist unschlagbar günstig. Aber: Wenn er Frau und Kinder hat, ist der Chef besser in einer gesetzlichen Kasse aufgehoben, denn nicht berufstätige Ehepartner und Kinder sind dort beitragsfrei mitversichert.

Beispiel Berufsunfähigkeitsversicherung:

Da im Ernstfall von Vater Staat nicht viel zu erwarten ist, gehört diese Police unbedingt zur privaten Vorsorge. Denn bei Invalidität gibt es lebenslang eine Rente. Alternativ kann eine Unfallversicherung erwogen werden.

Beispiel Tagegeldversicherung:

Wenn bei Kleinunternehmen das Wohl der Firma ausschließlich vom Chef abhängt, ist der Abschluss einer Krankentagegeldversicherung empfehlenswert. Auf diese Weise werden die Verdienstausfälle zumindest teilweise kompensiert.

CW

Anzeige

KOMMENTAR

„High Noon“ im Saarland

Die Landtagswahl im Saarland 2009 wird mit Ausnahme der Bundestagswahl die wohl meistbeachtete Wahl in Deutschland werden. Hier zeichnet sich ein klassischer „Showdown“ ab.

Hauptakteure werden der saarländische Ministerpräsident Peter Müller und der Chef der kommunistischen Linken, Oskar Lafontaine, sein. Lafontaine will wieder Ministerpräsident werden, nachdem er es schon einmal geschafft hat, in 14 Amtsjahren das Saarland herunterzuwirtschaften. Nicht wenige trauen ihm diesen Coup zu. Das Signal eines kommunistischen Ministerpräsidenten in Deutschland wäre allerdings nicht nur für das Saarland, sondern auch für Deutschland verheerend.

Die besondere politische Situation im Saarland hat die sog. „Linke“ sehr gestärkt. Lafontaine, der 1990 noch 54,4 % für die SPD geholt hatte, hat es geschafft, seine ehemalige Partei scheibchenweise auf die Hälfte zu dezimieren. Seine neue kommunistische Heimatpartei rangiert in den Umfragen zwischen 18 und 26 Prozent. Bei Forsa hat sie die SPD bereits überholt. Die für den Westen so hohen Werte für die Kommunisten sind dem ehemaligen Ministerpräsidenten Lafontaine geschuldet, der neben den Unzufriedenen und Protestwählern eine beträchtliche Zahl von „Oskar-Nostalgikern“ an sich bindet.

Der Albtraum könnte also Realität werden.

Ihm gegenüber steht der Amtsinhaber Peter Müller. Neun Jahre CDU- Regierung haben das Land unbezweifelbar nach vorne gebracht. Die CDU hat sich im ehemaligen eher sozialdemokratisch strukturierten Saarland deutlich als stärkste Partei etabliert. Jüngste Umfragen bestätigen dies. Also alles klar an der Saar ? Mitnichten.

Dem bürgerlichen Lager aus CDU und FDP steht ein Linksblock aus Rot-Rot-Grün gegenüber. Während mit der großen Koalition unzufriedene SPD–Wähler zur sog. “Linken“ abdriften, gehen unzufriedene CDU–Wähler in die Wahlenthaltung. Die Gefahr einer linken Mehrheit wächst.

Die Saar- Wahl wird deshalb zwangsläufig zu einer Richtungswahl mit Wirkung über das Land hinaus. Personalisiert wird dies in den Spitzenkandidaten Müller und Lafontaine. Die jetzige Opposition droht dabei unter die Räder zu geraten. SPD-Chef Maas, vormals politischer Lehrling Lafontaines, hat in dem Duell die Rolle eines politischen Statisten und hofft, mit einem besseren Ergebnis als die sog. Linke doch noch die Hauptrolle als Ministerpräsident zu gewinnen. Und er wird sie übernehmen, falls es möglich wird. FDP und Grüne könnten sogar dadurch an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

Die Saar-Wahl wird also eine Richtungswahl. Freiheit im Sinne unserer Werteordnung oder Freiheit durch Sozialismus à la Lafontaine. Zukunft gegen Oskar- und Ost-Nostalgie. Der politische Showdown wird spannend wie im Kult-Western „ High Noon“
Dort haben die Guten gewonnen. Etwas anderes können sich das Saarland und Deutschland auch nicht leisten.

Jürgen Presser,
stellv. MIT-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender im Saarland

Sommerbiathlon mit der MIT

Sport ist nicht nur gut für die Gesundheit, sondern macht fit für den Job. Das dachte sich auch der MIT-Kreisvorsitzende in Sankt Augustin, Herbert Montexier, und rief gemeinsam mit der Schützenbruderschaft Sankt Antonius Niederpleis einen Sommerbiathlon ins Leben. Nach Auffassung der MIT Sankt Augustin werden vom Arbeitgeber heute vor allem Disziplin und Leistungsbereitschaft verlangt. Im Biathlon, welcher schnelle Bewegung und absolute Ruhe und Konzentration miteinander vereint, können diese Eigenschaften hervorragend trainiert werden. Der Sommerbiathlon stieß auf sehr positive Resonanz, so dass angedacht ist, ihn auch in den kommenden Jahren fortzusetzen.

IN EIGENER SACHE

Natürlich sieht der Mittelstands Magazin Verlag es gerne, wenn das Magazin viel gelesen, weitergereicht, empfohlen oder zitiert wird. Solange letzteres in Auszügen und mit Quellenangabe geschieht, ist dagegen nichts einzuwenden.

Problematisch dagegen wird es, wenn ganze Artikel oder das Magazin komplett nachgedruckt oder ins Internet gestellt werden. Dies ist rechtlich gesehen eine Urheberrechtsverletzung und löst eventuell Honoraransprüche der Autoren und Fotografen aus. In den Honorarverträgen sind auch sog. „Zweitverwertungen“ kostenpflichtig. So zahlt der Verlag z.B. für ein Foto, das im gedruckten Magazin erscheint, 200 Euro Honorar und nochmals, je nach Größe, 50 bis 100 Euro Honorar für die Internetfassung auf www.mitmagazin.com.

Dieses „Internet-Honorar“ wird für jede weitere Verwertung auf einer anderen Homepage, z.B. eines MIT-Landes- oder -Kreisverbandes, fällig. Gleiches gilt natürlich für Texte.

Bitte bedenken Sie daher: Die meisten Autoren und Fotografen sind Selbstständige, auch Text- und Foto-Agenturen und Bilderdienste sind mittelständische Firmen – sie alle haben ein Recht auf Schutz ihres geistigen Eigentums und auf die vereinbarte Honorierung ihrer Werke.

Ausnahmen bilden im Prinzip nur die Namensartikel der MIT-Politiker, diese sind honorarfrei, was für die Fotos nicht immer zutrifft. Honorarfrei sind auch die Artikel unter MIT-Inside und die meisten Fotos.

Günter Kohl

Steigende MITgliederzahlen durch gute Präsenz

Die Mitgliederzahlen der MIT Emmendingen steigen. Grund dafür sind die regelmäßige Präsenz der MIT im vorpolitischen Raum sowie das Angebot eigener attraktiver Veranstaltungen. Im Jahre 2008 nahm die MIT Emmendingen an der ersten Emmendinger Leistungsschau teil. Über 200 Unternehmen und Institutionen aus allen Branchen und öffentlichen Bereichen hatten im Rahmen dieser Veranstaltung die Vielfalt ihrer Produkte und Dienstleistungen präsentiert.

Unser Foto zeigt den Vorstand der MIT Emmendingen bei der Leistungsschau 2008 (v.l.n.r.): Kreisvorsitzende Ulrike Freyler, Frank Herrigel, Hartmut Ott, Brigitte Stoerrle und Dieter Veith

MIT-Bundesvorsitzender auf „Tour de Ruhr“

Die sofortige Rückkehr zur alten Regelung bei der Pendlerpauschale wäre ein richtiges Signal zur richtigen Zeit. Für diese klare Position erhielt der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann auf seiner Besuchstour durch MIT-Kreisverbände im Ruhrgebiet große Unterstützung. Bei den Kreisverbandsbesuchen u.a. in Duisburg, Essen, Herne, Dortmund und Kamen betonte er, dass die momentane Haushaltskonsolidierung der großen Koalition lediglich durch erhöhte Steuereinnahmen erfolgt, eine nachhaltige Konsolidierung durch Kürzungen auf der Ausgabenseite hingegen nicht stattfände.

Bei einer Podiumsdiskussion in Kamen mit Dr. Schlarmann (2.v.r.), dem Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe, MdB, dem MIT-Bezirksvorsitzenden Friedhelm Müller (2.v.l.) und dem MIT-Kreisvorsitzenden aus Unna, Frank Murmann (l.), kamen auch die Mittelständler und Bürger zu Wort. Es bestand große Einigkeit, dass der Mittelstand entlastet werden muss. Als größter deutscher Arbeitgeber sei es dem Mittelstand nicht länger zuzumuten, die Last der Steuererhöhungen der letzten Jahre zu einem großen Teil tragen zu müssen. Auf der dreitägigen Rundreise des MIT-Bundesvorsitzenden standen neben den Besuchen der MIT-Kreisverbände auch Einblicke in Unternehmen und Gespräche mit Mittelständlern, Vertretern der IHK NRW und Kommunal- sowie Landespolitikern auf dem Programm.

In Kamen waren sich die Podiumsteilnehmer und Gäste einig:
Der Staat hat sich auf seine Kernaufgaben zu beschränken – privat geht vor Staat!

MIT DÜREN VERANSTALTET GOURMET-FESTIVAL

Kochen vor Publikum liegt im Trend. So kam der MIT-Kreisvorsitzende in Düren, Rolf Delhougne, auf die Idee, eine kulinarische Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Die MIT Düren lud zum 1. Dürener Gourmet-Festival ein. Als Schirmherr konnte der Landrat Wolfgang Spelthahn gewonnen werden. Das Motto „Aus der Region für die Region“ galt für die teilnehmenden Gastronomen, nicht aber für deren Küche. Denn diese war international. Von der italienischen Küche über Fisch und Meeresfrüchte bis hin zu russischen Spezialitäten und der regionalen deutschen Küche war alles dabei. Für das Rahmenprogramm sorgten beschwingte „Tafelmusik“, Vorlesestunden für Kinder, eine Hüpfburg und eine Modenschau. Das 1. Dürener Gourmet-Festival war ein großer Erfolg. Fortsetzungen sollen folgen.

Sommertour der MIT Schleswig-Holstein

Der Landesvorsitzende der MIT Schleswig-Holstein, Momme Thiesen, startete dieses Jahr erneut seine inzwischen traditionelle Sommertour und besuchte zahlreiche Unternehmen und Verbände in Schleswig-Holstein. Begleitet wurde der MIT-Landeschef von zahlreichen Funktionsträgern und zeitweise auch vom MIT-Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann. In Rendsburg fand ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Otto Bernhardt zur Erbschaftsteuerreform statt. In Neumünster informierte sich Thiesen über aktuelle Probleme im Speditionsgewerbe. In den Gesprächsrunden wurden Themen wie Bürokratieabbau, Förderpolitik für den Mittelstand und die Reformnotwendigkeit auf dem Arbeitsmarkt diskutiert.

Bei der anstehenden Erbschaftsteuerreform hat der Mittelstand noch viele offene Fragen:
Momme Thiesen (l.) und Otto Bernhardt, MdB, im Gespräch.

Mittelstandspolitik

Gegen die geplante **Maut-Erhöhung für LKW** formt sich wachsender Widerstand. Das Kabinett hatte kürzlich auf Vorschlag von Verkehrsminister Tiefensee beschlossen, die Kilometerkosten ab 2009 von 13,5 auf durchschnittlich 15,3 Cent anzuheben. Die Pläne bedeuten je nach Schadstoffklasse Steigerungen zwischen 40 bis 88 Prozent und würden besonders die Speditions- und Logistikbranche treffen, deren Unternehmen derzeit bereits unter den hohen Spritpreisen leiden. Dort befürchtet man eine Pleitewelle, der zigtausend vorwiegend kleine Betriebe und bis zu 40.000 Arbeitsplätze zum Opfer fallen könnten. MIT und Wirtschaftsverbände fordern von der Bundesregierung einen Verzicht auf die Mauterhöhung, Bayern macht sich im Bundesrat für eine Verschiebung auf 2010 stark. Die Länderkammer muss der Verordnung Mitte September noch zustimmen. Umstritten ist auch die Verwendung der zusätzlichen Einnahmen von geschätzt über 1,5 Mrd. Euro. Zwar soll das Geld vollständig in Infrastruktur fließen, aber nur ein Bruchteil kommt direkt dem Straßenbau zugute. Das Verkehrsministerium möchte die Mittel vorwiegend zum Ausbau von Schiene und Wasserwegen verwenden.

Obwohl der Krankenstand mit 3,34 Prozent auf dem niedrigsten Niveau seit Einführung der Lohnfortzahlung verharrt, will die Bundesregierung die Gesundheitsförderung durch Arbeitgeber künftig stärker unterstützen. Vom kommenden Jahr an können Firmen die Kosten für **betriebliche Gesundheitsmaßnahmen** bis zu 500 Euro pro Beschäftigten und Jahr grundsätzlich von der Steuer absetzen. Bislang muss bei jeder Maßnahme wie Rückenschulen, Massagen oder Anti-Stress-Kursen einzeln nachgewiesen werden, dass ein überwiegendes Interesse des Unternehmens vorliegt. Diese aufwendige Prüfung soll nun entfallen. Laut aktuellem Präventionsbericht nahmen 2006 rund 935.000 Arbeitnehmer solche Angebote wahr.

Die Wirtschaft lobt eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz, wonach für beruflich genutzte Computer mit Internetanschluss keine **Rundfunkgebühr** zu entrichten ist (Az. 1K 496/08.KO). Die so genannte „PC-Gebühr“ wird seit 2007 erhoben und war im Vorfeld gerade bei Handwerk und Freien Berufen auf heftige Kritik gestoßen. Zwar müssen große Unternehmen nur eine GEZ-Gebühr für alle PCs eines Standortes zahlen. Für Kleinunternehmer fällt die finanzielle und bürokratische Belastung hingegen stärker ins Gewicht. Das Urteil ist deshalb bedeutsam, weil damit erstmals klargestellt wird, dass gewerbliche Rechner ein Arbeitsmittel sind.

Zum 1. August wurde als Folgeänderung zum novellierten Bundesausbildungsförderungsgesetz der maximale Zuschuss an Arbeitgeber, die eine **betriebliche Einstiegsqualifizierung** durchführen, von 192 auf 212 Euro monatlich angehoben. Analog steigt die Förderung des pauschalierten Anteils am durchschnittlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrag des Auszubildenden von 96 auf 106 Euro.

Die Bundesregierung hat eine zentrale **Förderberatung „Forschung und Innovation“** eingerichtet. Unter den kostenlosen Telefonnummern erhalten Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen ab sofort aus einer Hand Hilfe zu Verfahrenswegen, Antragsstellung und Konditionen aller relevanten Programme von Bund, Ländern sowie Europäischer Union.
Beratungstelefon 0800-2623-008; Lotsendienst für Unternehmen 0800-2623-009 www.foerderinfo.bund.de

Das Bundeskabinett hat ein **„Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz** (MEG III)“ beschlossen. Der im Herbst im Parlament zur Beratung anstehende Entwurf enthält insgesamt 23 Einzelmaßnahmen, mit denen insbesondere Kleinunternehmen in den Bereichen Statistik und Gewerberecht von unnötiger Bürokratie befreit werden sollen. U.a. ist eine Vereinfachung der Handwerkszählung vorgesehen. Alles in allem sollen der Wirtschaft dadurch Kosten von knapp 100 Mio. Euro entfallen. Das Entlastungsvolumen aller drei MEGs beläuft sich dann auf rund 850 Mio. Euro jährlich. MIT-Bundesvorstandsmitglied Frank Gotthardt, MdL, begrüßte das Vorhaben, mahnte aber zugleich ein beherzteres Vorgehen der großen Koalition an. Die von ihm geleitete AG Bürokratieabbau hat hierzu eine Liste mit 46 Vorschlägen erarbeitet.

Weitere 137 Mio. Euro will der Finanzminister den Unternehmen mit dem geplanten **Steuerbürokratieabbaugesetz** ersparen. Die Betriebe können künftig Steueranmeldungen, aber auch Inhalte ihrer Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie Belege, die bislang in Papierform einzureichen waren, standardmäßig elektronisch übermitteln. Von 2009 an sollen zudem mehr Steuerverfahren automatisch offengehalten werden, so dass vorsorgliche Einsprüche gegen Bescheide seltener nötig sind. Die Pflichtgrenze zur monatlichen Umsatzsteuervoranmeldung erhöht sich von 6.136 auf 7.500 Euro. Die Schwelle für die vierteljährliche und monatliche Abgabe von Lohnsteuer-Meldungen steigt von 800 auf 1.000 bzw. von 3.000 auf 4.000 Euro. Um Doppelarbeit für Firmen zu vermeiden, dürfen Rentenversicherung und Finanzamt außerdem künftig zeitgleich Betriebsprüfungen vornehmen.

kss

Waterkant grüßt Donaustrand

Auf Einladung der Mittelstandsunion (MU) Passau, vertreten durch den Unternehmer und Mitglied des MIT-Bundesvorstands, Franz Kapsreiter, reiste eine Delegation Mittelständler aus Niedersachsen unter der Leitung des MIT- Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der MIT Niedersachsen, Dr. Josef Schlarmann, nach Passau. Gespräche mit Mittelstandsvertretern der Region standen auf dem Programm, unter anderem mit dem Landrat des Landkreises, Franz Walter, dem Präsidenten der Universität Passau, Prof. Dr. Walter Schweitzer, dem Präsidenten der Handwerkskammer Niederbayern Oberpfalz, Franz Prebeck, dem stv. Hauptgeschäftsführer der IHK Niederbayern, Dr. Martin Frank, und dem Landtagsabgeordneten Konrad Kobler.

Inhaltlich waren sich die Gesprächspartner einig, dass sich aus der Grenzlage Passaus und dem Bedarf an Fachkräften die Notwendigkeit ergebe, die Grenze für ausländische Arbeitskräfte schnell und großzügig zu öffnen. Auch die aktuelle Diskussion um die Pendlerpauschale wurde näher beleuchtet. Die Teilnehmer plädierten einmütig für eine sofortige Wiedereinführung der Pendlerpauschale in der alten Form.

Dr. Josef Schlarmann und Franz Kapsreiter im Gespräch: **„Ein klares Ja zur Pendlerpauschale in der alten Form!“**

Sommerfest in Sonneberg

Der MIT-Kreisverband Sonneberg konnte beim diesjährigen Sommerfest über 150 Freunde der MIT begrüßen. Auch Ministerpräsident Dieter Althaus war der Einladung des MIT-Kreisvorsitzenden Andreas Greiner gefolgt. Zuvor hatte der Ministerpräsident noch drei Unternehmen in der Region einen Vor-Ort-Besuch abgestattet. Der MIT-Landesvorsitzende Steffen Peschke zeigte sich begeistert über den großen Zuspruch für die MIT: „Wer ein ganzes Jahr lang erfolgreich zusammenarbeitet, dem bereitet es auch eine besondere Freude, gemeinsam zu feiern.“

Ministerpräsident Althaus bei Mittelständlern zu Gast.

Erbschaftsteuerreform im Fokus der MIT

Die Erbschaftsteuerreform wird im Mittelstand heftig diskutiert. Sollte der vorliegende Gesetzesentwurf beschlossen werden, hätte dies weitreichende Folgen für die Betriebsaufspaltung. Zu diesem Schluss kam Tilmann Weber, Fachanwalt für Steuerrecht, im Rahmen der wissenschaftlichen Vortragsreihe der MIT Mannheim. Er schilderte seinen Eindruck, dass der Gesetzgeber der im Mittelstand weit verbreiteten Gestaltung durch Betriebsaufspaltung „den Garaus machen will“. Zum Diskussionsabend hatte der MIT-Kreisvorsitzende Bernd Kupfer zahlreiche Mittelständler aus Mannheim und Umgebung eingeladen. So diskutierten die Unternehmer gemeinsam mit dem Fachexperten u.a. Themen wie die Wahl der „optimalen" Rechtsform für das mittelständische Unternehmen, die Reorganisation bzw. Neukonstruierung des Unternehmens und Unternehmens - und Beteiligungsverkäufe.

Mit der geplanten Erbschaftsteuerreform kommen große Probleme auf Familienunternehmen zu, meinen Bernd Kupfer (l.) und Tilmann Weber (r.).

Im Kartoffellager bei unter 18°C

In diesem Jahr fand zum 5. Mal der Jahresempfang der MIT Sachsen statt, mitorganisiert vom Kreisvorsitzenden der MIT Chemnitzer Land, Klaus Klötzner. Der Veranstaltungsort war ungewöhnlich und durch technische Tricks reizvoll zugleich. In einem Kartoffellager der Friweika eG in Weidendorf bei weniger als 18°C Raumtemperatur trafen sich mehr als zweihundert Unternehmerinnen und Unternehmer der sächsischen mittelständigen Wirtschaft zu einem konstruktiven Ideenaustausch mit Vertretern der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Als besonderen Gast hatte der sächsische MIT-Landesvorsitzende Andreas Lämmel Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt eingeladen.

Dr. Andreas Kramer (Vorstandsvorsitzender der Friweika eG), Georg. Milbradt und Klaus Klötzner (v.l.n.r.) begutachten die Produktion in der Verarbeitungshalle des mittelständischen Unternehmens Friweika eG.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MU Bayern
Die Mittelstands-Union hat ihren Landesvorsitzenden Dr. Hans Michelbach MdB für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Als seine vier Stellvertreter wurden Dagmar Wöhrl MdB, Klaus Dieter Breitschwert, Alexander Radwan MdEP und Thomas Schmatz wiedergewählt. Schatzmeister wurde Rainer Simon.

Wechsel in der MU-Landesgeschäftsstelle
Der bisherige Landesgeschäftsführer der Mittelstands-Union, Stefan Bürzle, ist zum 31. Juli 2008 in die Abteilung Strategie, Analyse und Planung der CSU-Landesleitung gewechselt. Dr. Michael Heut tritt seine Nachfolge als Referent für Wirtschaft, Finanzen und Verkehr in der CSU-Landesleitung und als MU-Landesgeschäftsführer an.

MIT-Kandidaten für Europa
Die CDU Baden-Württemberg hat ihre Kandidaten für die Europawahl im Juni 2009 nominiert. Unter den aussichtsreichen ersten sieben Plätzen finden sich gleich drei MIT-Mitglieder. Als Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg wurde MIT-Mitglied Rainer Wieland MdEP nominiert. Auf den als sicher geltenden Plätzen 6 und 7 kandidieren die MIT-Mitglieder Thomas Ulmer MdEP und Sebastian Beck. Der 26-jährige Weinbauer und Küfermeister Beck setzte sich gegen sieben andere Mitbewerber für den 7. Platz durch und nimmt damit den Platz des bisherigen Europa-Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Lauk aus Stuttgart ein.

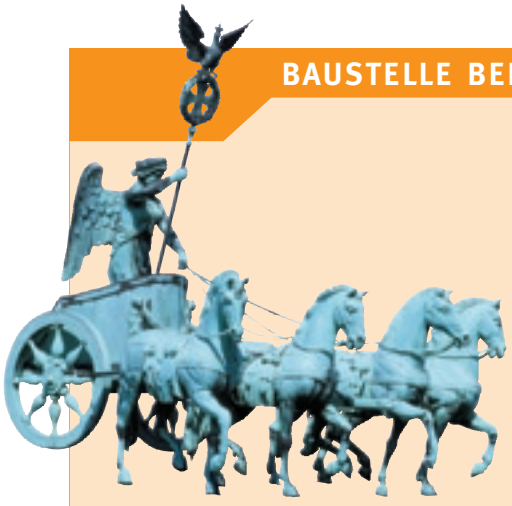
9. MIT-BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG 2009 IN BERLIN

Auf seiner Sitzung im Juni 2008 hat der MIT-Bundesvorstand einstimmig entschieden, die 9. MIT-Bundesdelegiertenversammlung vom 6. bis 7. November 2009 in Berlin auszutragen. Die Entscheidung zu Tagungsort und Tagungszeitraum wurde auch mit Blick auf das historische Umfeld gewählt. Denn die Delegierten der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU werden drei Tage vor dem 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und der friedlichen Revolution in Berlin zusammentreffen – ein historisches Ereignis, welches im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung im kommenden Jahr einen besonderen Platz einnehmen soll.

Parteiübergreifender Gedankenaustausch

Ein offener Gedankenaustausch über die Parteigrenzen hinweg fand im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg statt. Initiiert wurde die neue Gesprächsplattform für Unternehmer vom MIT-Kreisvorsitzenden Marc Däumler: „Nur gemeinsam können wir die Situation für Gewerbetreibende im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg verbessern.“ In lockerer Atmosphäre kamen die MIT sowie die wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU, SPD, FDP und den Grünen mit über 50 Berliner Mittelständlern und Unternehmern ins Gespräch. Ziel war es, gemeinsam mit Unternehmern über Probleme, Wünsche und Anregungen zu diskutieren, um die wirtschaftliche Situation zu verbessern. Im Vordergrund standen dabei weniger bundespolitische Wirtschaftsfragen, sondern vielmehr lokale Probleme, wie beispielsweise Verkehrsberuhigung oder staatliche Förderprogramme.

Parteiübergreifend für eine attraktive Wirtschaftspolitik im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (v.l.n.r.): Dr. Wolfgang Wehrl (CDU-Kreisvorsitzender); Frank Peters (FDP-Kreisvorsitzender), Thomas Stender (Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger der SPD Friedrichshain-Kreuzberg), Marc Däumler, Sibylle Schmidt (SPD); Rüdiger Brandt (Bündnis 90 / Die Grünen).



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

richtigen Zoff gab es kürzlich auf einer unserer Berliner Baustellen in Steinstücken, nahe der Grenze zu Brandenburg. Dort wohnt der ehemalige kurzzeitige SPD-Generalsekretär, SPD-MdB Klaus Uwe Benneter. Als Bauarbeiter um 5.45 Uhr (berlinerisch: „drei viertel sechs“) auf einem Nachbargrundstück mit ihrem Tagwerk begannen, griff Benneter kurzerhand zum Gartenschlauch und spritzte diese nass. Die Arbeiter ließen erschrocken die Kelle fallen und griffen zum Bleistift: Zwei von ihnen erstatteten Anzeige wegen Körperverletzung gegen den SPD-Mann. Wie hieß noch gleich das neue Motto der Beck-SPD: „Näher bei den Menschen“. Offenbar hat Benneter da etwas missverstanden ...

Große Missverständnisse klaffen scheinbar auch bei zahlreichen Lehrern an Schulen der neuen Bundesländer bezüglich der Lehrpläne zur neueren deutschen Geschichte. Eine Studie förderte jüngst riesige Wissenslücken bei deutschen Schülern zur SED-Diktatur zutage. Dabei stellte sich u.a. heraus, dass bayerische Hauptschüler mehr über die DDR wussten als brandenburgische Gymnasiasten. Denn dort und hier in der Hauptstadt scheint die DDR im Schulunterricht geradezu verklärt zu werden.

Mehr als die Hälfte der Schüler kennt das Jahr des Mauerbaus nicht, nur jeder Dritte weiß, dass die DDR die Mauer gebaut hat. Unglaublich aber wahr: Ein Drittel der Schüler halten Konrad Adenauer und Willy Brandt für DDR-Politiker und Honecker für demokratisch legitimiert. Und wenn man dann auch noch liest, dass ein Hamburger „Geschichtsdidaktiker“ die Lehrer mit dem Argument, „eine zu intensive Behandlung der DDR-Geschichte könnte die Schüler in Konflikte mit ihren Familie treiben“, in Schutz nimmt, so braucht man sich über den Zulauf zur kommunistisch orientierten Linken nicht mehr zu wundern.

Die DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier, seit Jahren landauf, landab in Schulen als DDR-Aufklärerin unterwegs, stellt fest: „An den staatlichen Schulen ist vielleicht ein Drittel der Lehrer offen für kritische Reflexion (der DDR, d. Red.), die anderen blocken das ab. Uns fällt heute auf die Füße, dass nicht beherzigt wurde, die Systemträger unter den Lehrern zu entlassen. Diese Lehrer haben ihren Einfluss wieder enorm ausgebaut. Deren ehemalige Schüler sind heute Studenten und werden an den internationalen Universitäten ausgelacht, wenn sie die DDR loben.“

Auf Freya Kliers Homepage (www.freya.klier-art.de) steht:
„Das elfte Gebot:
Du sollst Dich erinnern!“

lehnen@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag und Redaktion
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefon: 04305 / 992 995
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Parlamentsredaktion
Karl-Sebastian Schulte (kss)
Telefon: 0 30/75 70 91 70, Telefax: 01212 / 531 801 671
E-Mail: kss@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Braunkohlekraftwerk Lippendorf bei Leipzig, Foto Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: bk@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Nielsen II, V, VII
Verlagsvertretung Getz,
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
Nielsen III a, III b, IV
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20
Nielsen I, VI
MSM Medienservice Meins,
Telefon: 04102 / 3 15 78 , Fax 04102 / 3 15 38
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. 1. 2008

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 31,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr. Von Rückfragen bitten wir abzusehen.
ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

SOS
Kinderdorf e.V.
www.sos-kinderdorf.de

Amina, 4 Jahre alt

Verwandeln Sie ein Schicksal in eine glückliche Kindheit

Amina aus dem Sudan kennt nur Hunger und Angst. Ihre Mutter hat Aids und kann sich nicht mehr um sie kümmern. SOS-Kinderdorf gibt Kindern wie Amina ein neues Zuhause. Helfen Sie und verwandeln Sie ein Schicksal in eine glückliche Kindheit – mit einer **SOS-Patenschaft**:

www.amina-helfen.de

Darf es noch etwas Kunst zum Champagner sein?

Emil Nolde hatte schon als junger Künstler eine Adresse in Berlin. Heute finden Sie ihn am Gendarmenmarkt. Wechselnde Ausstellungen in zehn lichten Galerieräumen präsentieren die Kunst des großen Expressionisten. Das Haus steht auch als Ort für exklusive Empfänge, gesetzte Diners oder Business-Events zur Verfügung. Nolde Stiftung Seebüll, Dependance Berlin, Jägerstraße 55, 10117 Berlin, Telefon +49 (0)30-4000 46 90, berlin@nolde-stiftung.de, www.nolde-stiftung.de

Nolde.

Nolde Stiftung Seebüll
Dependance Berlin